78. Dienstag, den 2. April 1867. 78.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 2. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Landrath des Kreises Stuhm im Regierungsbezirk Marienwerder, Grafen Heinrich von Rittberg, und dem Oberlehrer Lieut a. D. Vetter am Waisenhause und Schullehrer-Seminar zu Königsberg i/Pr. den Rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Kreissteuereinnehmer, Rechnungsrath Dogge zu Czarnikau den Königlichen Kronenorden vierter Klasse, sowie dem Unteroffizier Piosek der Garde-Invaliden-Kompagnie und dem Arrest-Aufseher im Staatsgefängniß zu Wesel, Halbinvaliden vom 1. Bat. (Münster) 1. Westphälischen Landwehr-Regimts. Nr. 13, Unteroffizier Berg, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Königsberg, 1. April. Auf morgen erwartet man sicher die Wiederöffnung der Schifffahrt, wenigstens für Dampfer. Der Pregel ist ganz frei von Eis, auf dem Haff nur Schaumeis.

Triest, 1. April. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Berichte melden aus Alexandrien vom 27. März, daß die Mission Nubar-Paschas bei der Pforte einen vollständigen Erfolg gehabt habe. Die Hauptkonzessionen, die dem Vicekönig von Egypten gemacht sind, bestehen in der Befugniß zum selbstständigen Abschluß von Handelsverträgen und in der Unabhängigkeit der Rechtspflege.

Haag, 1. April. Der „Staatscourant" bringt im nichtamtlichen Theile folgendes Communiqué:

Wir werden Namens der luxemburgischen Kanzlei ersucht, die Nachricht, es habe eine Abtretung des Großherzogthums stattgefunden, auf das Formellste zu dementiren und hervorzuheben, daß von einer derartigen Abtretung erst die Rede sein könnte, nachdem auch die in dieser Frage interessirten Großmächte sich unter einander verständigt haben würden.

Zur luxemburgischen Frage

wird uns aus Berlin geschrieben:

Berlin, 1. April. Eine Klärung des Dunkels, das die gleichsam über Nacht aufgetauchte luxemburgische Angelegenheit einhüllt, dürfte trotz aller etwaigen Interpellationen und Erklärungen in den verschiedenen Kammern noch längere Zeit auf sich warten lassen. Es wurzelt diese neue Frage zu ausschließlich auf diplomatischem Gebiet, als daß dies anders sein könnte. Dazu kommt, daß die auswärtigen Mächte und daß namentlich Oestreich und Italien schwerlich zu der so plötzlich aufgetauchten und so keinesfalls vorhergesehenen Verwickelung bereits eine definitive Stellung eingenommen haben, und endlich erscheinen die Fäden der gleichzeitig zur Entscheidung ausstehenden orientalischen Frage zu innig mit derselben verbunden, um jetzt schon ein irgend zutreffendes Urtheil über einen friedlichen oder kriegerischen Ausgang des neuen Konfliktes fällen zu können. Als räthselhaft in der ganzen Angelegenheit darf jedoch die Eile betrachtet werden, mit welcher dieselbe von dem französischen Kaiser betrieben wird. Es mag sein, daß vor zwei Jahren in Byarritz zwischen ihm und dem preußischen Premier diese Abtretung angeregt worden ist und daß er sich beeilen zu müssen meint, um nicht schließlich bei dem deutschen Einigungswerk ganz leer auszugehen Allein schwerlich treffen die damaligen Verabredungen gegenwärtig noch in irgend einem Punkte zu, und niemals befand sich Napoleon III. weniger auf einen Krieg vorbereitet als im gegenwärtigen Augenblick Alle seine Maßregeln auf militärischem Gebiet erschienen vielmehr bisher auf einen Losbruch erst im nächsten Jahre oder noch später berechnet und faktisch beschränken sich die seit vorigem Herbst auf diesem Gebiet ausgeführten Vorbereitungen auf die Verstärkung der aktiven französischen Macht um die 40,000 Mann der ehemaligen Besatzung von Rom und das Expeditionskorps von Mexiko, auf die Errichtung von 44 sechsten Eskadrons bei der Garde, den schweren und Linien-Kavallerie-Regimentern und auf die Errichtung eines vierten Regiments Chasseurs d'Afrique. Die ebenfalls beabsichtigte Errichtung von 102 Batterien, welche mit ganz neu konstruirten Geschützen bewaffnet werden sollten und die Umwandlung der 117 vierten oder Depot-Bataillone in wirklich aktive Bataillone stehen dagegen noch aus. Ebenso war die gleicherweise projektirte neue Bewaffnung der französischen Infanterie bis Ausgang Februar d. J. noch nicht weiter vorgeschritten, als daß sich seit vorigem November das Garde-Jäger-Bataillon versuchsweise mit den neuen Chassepot-Gewehren ausgerüstet befand. Zu der thatsächlichen Ausführung der für Frankreich ins Auge gefaßten neuen Wehrverfassung und namentlich für die Errichtung der großen Armee-Reverse und die Organisation der mobilen Nationalgarde befanden sich vollends noch nicht die geringsten Vorbereitungen getroffen. Im Ganzen wird Frankreich noch nicht über 50,000 Mann mehr, als im vorigen Herbst zu verfügen vermögen. Andererseits aber erscheinen die preußischen Rüstungsmaßregeln in der Hauptsache völlig abgeschlossen und würden die sächsischen, nord- und süddeutschen Truppen wenigstens in ihrer bisherigen Organisation unmittelbar zum preußischen Heere stoßen können. Die eigene Verstärkung der preuß. Armee beläuft sich aber auf 51 Bataillone, 128 Eskadrons, 32 Batterien, die Norddeutschen Truppen in ihrer gegenwärtigen Organisation betragen 32 Bataillone, 9 Eskadrons, 6 Batterien, die Sachsen verfügen über 20 Bataillone, 20 Eskadrons, 10 Batterien und dazu treten Baden mit 13 Bataillonen, 12 Eskadrons, 6 Batterien, Darmstadt mit 8 Bataillonen, 8 Eskadrons, 4 Batterien, Würtemberg mit 18 Bataillone, 16 Eskadrons, 6 Batterien und Bayern mit seit dem letzten Kriege noch 70 Bataillonen, 48 Eskadrons und 40 Batterien; zusammen würde der Zuwachs demnach auf dieser Seite 212 Bataillone (ohne die 22 neuen preußischen Landwehr-Bataillone), 241 Eskadrons und 103 Batterien oder rund 260,000 bis 280,000 Mann unmittelbar verwendungsfähiger Truppen mit über 600 Geschützen betragen. Die so auffällige Beschleunigung der preußischen Rüstungen wie das rasche Zusammenschließen der deutschen Macht und nicht minder die Veröffentlichung des preußisch-süddeutschen Bündnisses genau zusammenfallend mit den ersten französischerseits bei dem preußischen Kabinet gemachten Eröffnungen über den luxemburgischen Handel gewähren an sich aber einen unmöglich mißzuverstehenden Fingerzeig, wie sich Preußen und mit ihm Deutschland zu diesem Letzteren zu stellen gedenken.

Jedenfalls ist jedoch Napoleon III. ein viel zu gewiegter Politiker, um vor dem Eintritt in einen so bedrohlichen Handel nicht sein Kalkul über die eigne und gegnerische Macht genau festgestellt zu haben. Frankreich war dem Preußen von vor 1866 schon militärisch nicht gewachsen und sollte jetzt dem neu emporgewachsenen Deutschland gegenüber den Kampf mit einer Uebermacht von mindestens 250,000 Streitern aufnehmen? — Der geheime Hinterhalt, auf welchen der französische Kaiser seine Berechnungen gründet, steht deshalb wahrscheinlich noch aus, obgleich nach dem neuesten Verhalten Oestreichs hierfür noch kaum ein Anhalt entdeckt zu werden vermag. Luxemburg ist übrigens bereits im vorigen Jahre ganz in der Stille armirt worden und eine Verstärkung der Besatzung kann binnen wenigen Stunden dahin geworfen werden. Ueberhaupt aber wurde hier von dem letzten Kanonenschuß des vorjährigen Krieges ab der neue Kampf mit Frankreich nur noch als eine Frage der Zeit betrachtet und Alles vom Ersten bis zum Letzten ist dazu vorbereitet.

Deutschland.

Preußen. ♃ Berlin, 1. April. Die heutige Sitzung des Reichstages bildete mit den bewegten Vorgängen ihrer ersten Stunde, der Interpellation Bennigsens wegen Luxemburg und ihrer Beantwortung durch den Gr. Bismarck einen historischen Akt von Bedeutung. Früher als sonst waren die Mitglieder im Saale anwesend, wo sie lebhaft bewegte Gruppen bildeten; in der Hofloge erschien bald nach der Eröffnung des Hauses der Prinz Wilhelm von Baden, später der Kronprinz und seine Schwester die Frau Großherzogin von Baden, in der Diplomatenloge waren die gesammten Attachés der französischen Botschaft anwesend, jedoch entfernten sich diese höchsten und hohen Personen nach der Interpellation. Dieselbe war übrigens von allen Seiten des Hauses unterzeichnet nur — die Konservativen hatten die Unterschrift versagt, jedoch nicht den Anschluß. Die Polen dagegen hielten sich ganz zurück und sollen einzelne Zeichen des Unwillens bei der Rede Bennigsen's geäußert haben. Jene Rede zeichnete sich nicht nur durch ihren warm empfundenen patriotischen Inhalt aus, sondern machte einen tiefen Eindruck auch durch die einfache schwunghafte Weise des Vortrages. Mit lautlosester Stille und sichtbarer Spannung folgte man den Ausführungen des Gr. Bismarck. Die Erklärung Simson's, welche dem Eindruck der Verhandlung völlig entsprach und ihr gewissermassen ein Relief gab, sollte wohl die Angelegenheit vom Standpunkte des Reichsrathes vorläufig als beendet erscheinen lassen, dennoch ist dies noch nicht zu behaupten. Wenigstens treten die National-Liberalen heute Abend nochmals über die Frage in Berathung; es war der Erlaß einer Resolution noch in Aussicht genommen. Jedenfalls wird die ganze Angelegenheit auf den Gang der Reichstagsarbeiten von entscheidendstem Einfluß sein. Heute glaubte alle Welt, man werde mit Riesenschritten weiter gehen und spätestens in 14 Tagen die Vorberathung, ja möglicher Weise sogar die ganze Schlußberathung bis vor Ostern beenden können. Debatten werden nur noch für die Abschnitte über Finanz- und Kriegsverfassung erwartet. Man hofft zuvor einen oder den anderen Tag Pause zu machen, um dadurch Zeit zur Verständigung zu gewinnen. Uebrigens wurde bald nach Beendigung der Interpellations-Episode Graf Bismarck durch einen Hofbeamten zu Sr. Majestät dem Könige beschieden, später fand Ministerrath statt. Der Schluß der heutigen Sitzung, welcher durch die Berathung über die Freihafenstellung der Hansestädte ausgefüllt wurde, ließ die Erregung der ersten Vorgänge noch deutlich durchfühlen. Dennoch machten die Reden des Abgeordneten Sloman (Hamburg), des Bundeskommissars für Bremen (Ministerresident Dr. Krüger) und des Abgeordneten Meyer (Bremen) Eindruck und bewirkten die schließliche Annahme der Vorlage.

△ Berlin, 1. April. Die Vorgänge in der heutigen Reichstagssitzung, die Interpellation des Herrn v. Bennigsen und Genossen, so wie die Antwort des preußischen Ministerpräsidenten sind Ihnen natürlich schon bekannt. Letztere dürfte nicht wenig zur Beruhigung der Gemüther geeignet sein, da Graf Bismarck die Erklärung abgegeben hat, daß die preußische Regierung zwar die gebotene Mäßigung nicht außer Acht lassen, aber auch die volle ernste und gebührende Aufmerksamkeit der Luxemburger Frage zuwenden und die Rechte Deutschlands im Verein mit den verbündeten Regierungen zu wahren wissen werde. Es scheint auch, daß diese Antwort auf die weiteren Verhandlungen der heutigen Sitzung einen überaus wohlthätigen Einfluß geübt hat, denn, so weit zur Zeit meine Kenntniß davon reicht, ist eine Reihe von Paragraphen des Verfassungs-Entwurfs unter Ablehnung aller Amendements, welchen die Regierungen nicht zustimmten, zur Annahme gelangt. Hoffentlich kommt der Reichstag angesichts der politischen Verhältnisse zu der Erkenntniß daß jetzt alles Amendiren und Debattiren über Fragen von untergeordneter Bedeutung zurücktreten müsse gegen die größere Aufgabe der im Namen der deutschen Nation tagenden Versammlung, einmüthig hinter dem Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten zu stehen, wenn, was wir indeß mit dem Grafen Bismarck bezweifeln, der Gang der luxemburgischen Frage eine ernstliche Verwicklung zur Folge haben sollte. Daß übrigens eine immer größere Einmüthigkeit zwischen den Anfangs divergirenden Richtungen des Reichstags Platz greift, konstatirt eine Ansprache des hannoverschen Abgeordneten Grumbrecht an seine Wähler, in welcher er die Ueberzeugung ausspricht, daß man die von Hannover aus deputirten Reichstagsmitglieder in den weiteren Verhandlungen bei allen wichtigen Fragen auf gleichem Boden antreffen werde.

Von Seiten der bei der Regulirung der Gewerbeangelegenheiten betheiligten Ministerien, der des Innern, des Handels und der Finanzen ist eine Verfügung erlassen, welche für die Ertheilung von Gewerbescheinen eine Erleichterung anordnet Es werden nämlich mit Rücksicht auf die Störung des Handels und Gewerbes, welche der vorjährige Krieg hervorgerufen hat, künftig Personen unter 30 Jahren, welche nachweisen können, daß sie den Krieg mitgemacht und sich während desselben gut geführt haben, Gewerbescheine ertheilt werden, ohne die im §. 11, 1—4 des Hausirreglements vom 28. April 1824 enthaltenen Beschränkungen. — Die „Karlsruher Ztg." dementirt das in französischen Zeitungen verbreitete Gerücht, daß auf der Rheinbrücke bei Kehl die preußische Flagge geweht habe, bemerkt aber zugleich, daß, da die schwarz-weiße Farbe die Hausfarbe der Großherzogin sei, die Gelegenheit leicht eintreten könne, daß die Bewohner des Landes ihrer Fürstin die Huldigung durch Aufhissen preußischer Flaggen darzubringen versuchten.

— Se. Maj. der König hat dem Magistrat auf dessen Glückwunschschreiben zum Geburtstage Sr. Majestät die nachstehende Antwort zugehen lassen:

„Ich habe die, Mir zu Meinem Geburtstage von dem Magistrat Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin gewidmeten Glückwünsche gern entgegengenommen und nicht unterlassen wollen, dafür Meinen herzlichen Dank auszusprechen. — Daß Gott der Herr in dem verflossenen Abschnitte Meines Lebens Mir in Meinem Streben für das Wohl Meines treuen Volkes so sichtbar beigestanden und Mich als ein Werkzeug in Seiner Hand gewürdigt hat, an der Spitze Meines tapferen Heeres für Preußen, sowie zum Heile des großen deutschen Vaterlandes siegreich zu streiten, — dafür preise Ich Ihn mit dankbarem Herzen und flehe Ihn an, daß Er zur Erreichung der großen, noch vor uns liegenden Ziele Seinen göttlichen Segen auch ferner verleihen wolle.

Berlin, den 25 März 1867. gez. Wilhelm."

Die Antwort Sr. Maj. des Königs an die Stadtverordnetenversammlung auf deren Glückwunschschreiben zum Geburtstage ist bereits in unserer Zeitung mitgetheilt worden.

— Se. K. H. der Kronprinz von Sachsen ist heute Vormittag von Dresden hier eingetroffen, um Sr. Maj. dem Könige die Meldung zu machen, daß das 12. (Sächsische) Norddeutsche Armee-Korps vom heutigen Tage ab auf preußischem Fuße eingerichtet ist. Se. königl. Hoheit und die beiden Adjutanten, die Herren v. Carlowitz und Senfft v. Pilsach, trugen bei dieser Gelegenheit zum ersten Male die preußische Uniform.

— Heute, als am Geburtstage des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, (geb. 1. April 1815), liefen von allen Seiten Gratulationen, Blumen u. s. w. ein; Telegramme auch aus den fernsten Orten zeugten für die Allgemeinheit dankbarster Theilnahme und Freude.

— Der Staatsminister v. Patow ist nach Beendigung seiner kommissarischen Stellung als Civil-Administrator in Frankfurt a. M. von dort hier eingetroffen. Der der Civil-Administration bisher attachirte Landrath Krupka hat sich zunächst nach Kassel begeben, um bei der Uebernahme der Ober-Präsidial-Geschäfte von Seiten des Präsidenten v. Möller die etwa noch erforderliche Auskunft zu ertheilen.

— Der „Köln. Ztg." wird von hier geschrieben: „Es finden auch hier im Augenblicke Erörterungen von principieller Bedeutung in Beziehung auf die Valutenverhältnisse statt, bei denen, wie wir vernehmen, mit seltener Uebereinstimmung von allen maßgebenden Stellen der Uebergang zur Goldwährung befürwortet wird; man darf daher wohl als ziemlich sicher annehmen, daß, sobald nur erst die Konstituirung des Norddeutschen Bundes ganz zum Abschlusse gekommen sein wird, auch in dieser Beziehung sehr bald entscheidende Schritte werden gethan werden. Man bezeichnet es uns dabei als wahrscheinlich, daß dann voraussichtlich die französisch-italienisch-schweizerische Konvention in Beziehung auf die Ausprägung der Goldmünzen auch für Deutschland acceptirt werden dürfte."

— Nach einer Bekanntmachung im „Staats-Anz." ist die Errichtung einer Kommandite der preußischen Bank in Osnabrück beschlossen worden. Ueber den Geschäftsumfang und die Eröffnung derselben wird das Haupt-Bank-Direktorium das Nähere bekannt machen.

— Der evangelische Kirchentag ist in diesem Jahre für die erste Hälfte des September festgesetzt, und es soll diese Versammlung diesmal in Kiel stattfinden. Bekanntlich sollte dieselbe bereits im vorigen Jahre dort abgehalten werden, unterblieb aber wegen der damaligen Zeitverhältnisse. Die städtischen Behörden von Kiel haben nun von Neuem dazu eingeladen, diesen Ort für die Zukunft zu wählen. In allen Kreisen wird dem bevorstehenden Kirchentage — den 14. seit dem Bestehen dieser Versammlungen — mit besonders lebhaftem Interesse entgegengesehen, da binnen Jahresfrist der evangelischen Kirche in Preußen durch den Erwerb der neuen Provinzen so zahlreiche und bedeutende Elemente hinzugekommen sind, welche eine große Theilnahme für die Bewegung auf dem kirchlichen Gebiet an den Tag gelegt haben. Es hat sich auch bereits ein schleswig-holsteinsches Komité für den Kirchentag von 1867 gebildet, welches in Gemeinschaft mit dem engeren Ausschuß des evangelischen Kirchentages und dem Centralausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche die Einladungen zu der Versammlung in Kiel ergehen läßt. In diesem Komité sind die hervorragendsten evangelischen Geistlichen und andere angesehene Per-

sönlichkeiten der Elbherzogthümer vertreten, an ihrer Spitze den General-Superintendenten des Herzogthums Schleswig, Dr. Godt, und der General-Superintendent des Herzogthums Holstein, Bischof Dr. Koopmann. [N. A. Z.]

— Der vor Kurzem erst zum Kommandanten von Mainz ernannte Generalmajor v. Winterfeld ist am 30. März daselbst gestorben.

— Zur Luxemburgischen Frage nimmt auch Oestreich offen Position. Ein Korrespondent der „B.H.Z." in Wien schreibt am 30. März:

„Es wird mir — und ich gebe die Mittheilung, wie sie mir zukommt — eine Stelle aus einer Weisung citirt, welche in den allerletzten Tagen, wie es scheint im Verlauf eines Meinungsaustausches in Betreff Luxemburgs, an den kaiserlichen Gesandten in Berlin abgegangen sein soll. Die Stelle würde im Wesentlichen lauten: „Lassen Sie das königliche Kabinet keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß, sobald eine ernste Prüfung an Deutschland herantreten sollte, Oestreich die Pflichten, wovon es durch die Ereignisse formell entbunden worden, sich freiwillig auferlegen und daß es in der Stunde der Gefahr nicht bloß hinter Deutschland, sondern neben Deutschland zu finden sein würde."

Dürfen wir voraussetzen — und wir haben dazu allen Grund — daß unser Korrespondent unterrichtet ist, so würde die Vermuthung, daß zwischen Preußen und Oestreich ein den süddeutschen Allianzverträgen analoges Verhältniß besteht, begründet erscheinen. Die Prager „Politik", die bereits von der Paraphirung eines preußisch-östreichischen Allianzvertrages gesprochen hatte, wird jedoch in Wiener Blättern dementirt.

Luxemburg, 30. März. Der „Köln. Ztg." geht folgende Berichtigung zu:

Mit Bezug auf den Artikel „Nachrichten über Luxemburg", in Nr. 86. der „K. Z." finde ich mich zu nachstehender Erklärung veranlaßt: Daß ich dieser Tage die Offiziere der Garnison bei der Parade von der abgeschlossenen Konvention, welche Luxemburg dem französischen Kaiserreiche einverleibt, und von dem bevorstehenden Abzuge aus Luxemburg in Kenntniß gesetzt haben soll, muß ich als eine müßige, dem Anscheine nach böswillige Erfindung, die in jeder Beziehung auf Unwahrheit beruht, erklären, da ich seit langer Zeit keine Veranlassung gehabt habe, die Offiziere der Garnison bei der Parade zu versammeln, viel weniger noch über die wegen Luxemburg schweben sollenden Verhandlungen in irgend einer Weise eine Aeußerung zu machen.

Luxemburg, 29. März 1867. v. Brauchitsch,
General der Infanterie, General-Adjutant und
Gouverneur der Festung Luxemburg.

Oestreich.

☾ Wien, 31. März. Mit Noth und Mühe haben also, unter einer dualistischen Regierung, bei den Wahlen der Großgrundbesitzer in Böhmen die Verfassungstreuen unter nahezu 400 abgegebenen Stimmen eine dürftige Majorität von 30 errungen und somit 54 deutschfreundliche Abgeordnete in den Landtag entsendet. Damit ist nun allerdings entschieden, daß die czechischen Föderalisten in dem Prager Landtage sich in einer ekletanten Minorität und demnach auch unter den, vom Landtage zu erwählenden 54 Reichsraths-Abgeordneten, sich nur sehr wenige „Nationale" befinden werden. So wie die Dinge nun einmal liegen, müssen wir Deutsche es allerdings immerhin schon für ein Glück ansehen, daß durch die neue Zusammensetzung der Landtage von Böhmen und Mähren wenigstens im Reichsrathe den föderalistischen Projekten der Boden unter den Füßen fortgezogen und außerdem die Zukunft des deutschen Elementes in jenen beiden Kronländern selber auf weitere sechs Jahre gesichert worden ist. Gott weiß, was aus der germanischen Bevölkerung dieser Provinzen geworden wäre, wenn die Regierung die infamen Czechisirungs-Gewaltthaten Belcredi's noch sechs Jahre lang — mit urczechischen Landtagen und Landes-Ausschüssen zur Seite, in deren Hand die gesammte innere Administration und namentlich die Schnüre des Landessäckels liegen — in der bisherigen Weise hätte fortsetzen können. So tief sind wir durch den Tag von Königgrätz und viel mehr noch durch dessen eigentliche Urheber, die Sistirungs-Politiker, heruntergekommen; so vollständig ist Kraft und Lebensmuth in uns gebrochen, daß wir selbst den Vortheil schon nicht mehr gering anschlagen dürfen, nunmehr doch vielleicht Belcredi's niederträchtiges Gesetz los zu werden, welches die deutschen Kinder des damaligen Bundeslandes (!!!) Böhmen zwang, czechisch zu lernen und so mit wahrhaft unerhörten Schamlosigkeit sie in Bezug auf ihr ganzes Fortkommen im bürgerlichen und staatlichen Leben von czechischen Fanatikern abhängig machte. Graf Belcredi wußte sehr wohl, welche fürchterliche Waffe er mit diesem obligaten czechischen Unterrichte in die Hände des Rieger und Pulavky gab — gerade deshalb kann das Heimtückische dieses Verfahrens gar nicht strenge genug an den Pranger gestellt werden.

Daß dre deutsche Junge seine Zeit mit dem Radebrechen eines halbwilden Idioms vertrödeln mußte, war schlimm genug, aber lange nicht das Aergste. Die Hauptsache ist, daß jeder Lehrer eines Pflichtgegenstandes, also auch der czechische Sprachmeister, die Wirkungen eines sonst guten Zeugnisses, z. B. bei Rekrutirungen, bei der Bewerbung um Anstellungen u. s. w. durch Eine schlechte Note paralysiren und die Ertheilung der sogenannten Vorzugsklassen, die in Oestreich gar viele Vortheile gewähren, unmöglich machen kann. Graf Belcredi kannte seine Czechen, und der eigentliche Sinn dieses, an die tiefste Barbarei des Mittelalters erinnernden Sprachenzwang-Gesetzes war somit der, daß auch an jeder reindeutschen Schule in reindeutschen Distrikten ein Czechenmann sein soll, der den Vätern der Schüler sagen kann: „Hütet Euch und stimmt bei Gemeinde-, Landtags-, Handelskammerwahlen stets für die czechische Liste; seid überhaupt der „Nation" hold und gewärtig, denn Ihr wißt, es hängt nur von mir ab, Euren Söhnen einen Knüppel ans Bein zu binden, den sie im ganzen Leben nicht wieder los werden!" Daß hierin jetzt eine Wendung eintreten muß, begrüßen wir mit Freuden, aber darüber hinaus kann unsere Anerkennung des erzielten Wahlresultats wahrlich nicht gehen. Ist das eine Verfassung, wo das ganze Schwungrad des parlamentarischen Systems dermaßen in den Händen des Hofes liegt, daß ein vollständiger Wechsel erfolgt, je nachdem die Hochtories Befehl erhalten, mit dem rechten oder linken Fuße anzutreten? Können wir uns einen Moment darüber täuschen, welcher tiefen Demüthigung die deutschen Abgeordneten der Städte und des flachen Landes sich werden aussetzen müssen, um die Allianz mit diesen hohen Herren aufrecht zu erhalten, mit denen unter Allen, die ich in Oestreich und Ungarn, in Deutschland, Preußen und Frankreich kennen gelernt, weitaus am wenigsten gut Kirschen essen ist? Der Führer dieser „verfassungstreuen" Partei im Großgrundbesitz, Fürst Carlos Auersperg, der sich gern den ersten Kavalier des Reichs nennen hört, zog als Präsident des Herrenhauses die Gelegenheit bei den Haaren herbei, um den Bombardirer von Prag und Wien, Windischgrätz, für sein Ideal zu erklären. Selbstverständlich also werden diese Herren uns Deutschöstreichern das Czechenreich Belcredis nur unter der Bedingung abnehmen, daß wir auch nicht mit der kleinsten liberalen Anforderung hervortreten und namentlich das Konkordat streng respektiren, d. h. Alles beim Alten lassen!

Aus West-Galizien, 28. März. Es werden nachträglich noch immer mehr Einzelnheiten über die Motive bekannt, welche den jüngsten galizischen Landtag zur Verzichtleistung auf die beantragte, nichts weniger als regierungsfreundliche Adresse und zur Beschickung des in Aussicht gestellten Reichsraths veranlaßt. Man hat nämlich inzwischen in Lemberg und Krakau durch eine gute Wiener Quelle in Erfahrung gebracht, daß Herr v. Beust durch unsern Statthalter Graf Goluchowski einige einflußreiche, aber auch ziemlich leichtgläubige Landtagsmitglieder durch das Versprechen zu ködern gewußt, „im östreichischen Ministerium des Auswärtigen werde im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse mit Rußland sehr eifrig die polnische Frage studirt." Eine andere Version versichert sogar, Herr v. Beust habe durch Goluchowski im vertraulichen Wege in Lemberg erklären lassen, „Oestreich werde mit den Westmächten sofort die polnische Frage in die Hand nehmen, falls Rußland mit der ruthenischen hervortrete," eine Angabe, mit welcher auch gewisse Aeußerungen des Krakauer „Czas" übereinstimmen, „Graf Goluchowski, heißt es weiter, habe aber an dieses politische Versprechen Beust's die Bedingung geknüpft, der galizische Landtag möge der gegenwärtigen Wiener Regierung keine Schwierigkeiten in den Weg legen, auf die Landtagsadresse verzichten, das Bündniß mit den Czechen lösen und den Reichstag beschicken." Die Intrigue hatte augenblicklich zwar Erfolg, aber allmälig begann man doch die ganze diplomatische Spiegelfechterei zu durchschauen und der Groll der polnischen Nationalpartei kehrte sich in erster Linie gegen den Grafen Goluchowski, dessen Popularität gegewärtig völlig gesunken. Die jüngsten Verfolgungen mehrerer in Galizien bisher ansässiger polnischer Flüchtlinge haben unsere Nationalpartei noch mehr erbittert, und so haben denn unsere Landtagsabgeordneten vor einigen Tagen einstimmig beschlossen, nur mit einem Protest in den Reichsrath zu treten, dort die Hauptpunkte der vom Landtage verworfenen Adresse zu wiederholen und gleichzeitig mit der Erklärung aus dem Reichsrath zu treten, daß die galizischen Abgeordneten dort nicht ehrer erscheinen werden, bis die Regierung den autonomen Forderungen Galiziens vollständig entsprochen. Diesen Entschluß, welcher den diplomatischen Coup Beust's und Goluchowski's durchkreuzt, meldet auch heute im telegraphischen Auszuge das czechische Parteijournal „Narodni Listy" und knüpft daran weitere, der czechisch-galizischen Opposition günstige Betrachtungen. — Die ruthenischen Parteiführer sind in letzterer Zeit ziemlich kleinlaut geworden, weil das scharfe Auftreten der Regierung gegen den im russischen Solde stehenden Hauptagitator Ex-Professor Glowacki die Anhänger des Moskowitismus wohl zur Vorsicht mahnt. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß von den Ruthenen nicht im Geheimen gewühlt wird, welche durch ihre Beziehungen jenseits der Grenze der östreichischen Regierung noch arge Verlegenheiten bereiten können — In Magierów, Zolkiewer Kreis, ist im Laufe dieser Tage der ruthenische Pfarrer Basilius Jasinski von Bauern seiner Gemeinde halbtodt geschlagen worden, weil er unter den Landleuten durch seine russenfreundliche Gesinnung sich verhaßt gemacht. (Bresl. Ztg.)

Großbritannien und Irland.

London, 31. März. In Kork ist in den letzten Tagen wieder einige Unruhe in Betreff fenischer Umtriebe rege geworden. Auf Mittheilungen hin, die der Polizei aus Millstreet (zwischen Killainev und Mallow) zugegangen, wurden am 27. dort vier Männer, die, als Fenier eingezogen, gegen Bürgschaft entlassen worden waren, wieder in Haft gebracht und gestern erfolgten 15 weitere Ergreifungen. Polizei und Militär setzen ihre Nachforschungen eifriger als je fort und fliegende Kolonen durchziehen den durch die neuen Verhaftungen einigermaßen anfgeregten Distrikt. Welche Dimensionen die Auswanderung in Folge der letzten Unruhen annimmt, ist aus der Angabe zu ersehen, daß in den letzten Tagen aus der Umgegend von Kork allein über 300 junge Leute nach Amerika abgingen.

Frankreich.

Paris, 31. März. Die „Patrie" schreibt: „Mehrere Blätter haben die nahe bevorstehende Reise der Kaiserin nach Rom angekündigt, wobei dieselbe vom kaiserlichen Prinzen begleitet sein würde. Wir glauben behaupten zu können, daß diese Nachricht aller Begründung entbehrt.

Am 1. Mai wird in Trianon die Ausstellung der auf Marie Antoinette, und in Malmaison die der auf Josephine bezüglichen Gegenstände eröffnet werden. Die der Kaiserin ursprünglich angehörende Idee wird unter der Leitung des Generals Lepic ausgeführt.

Ein Regierungs-Telegramm aus Algier von gestern Abend meldet, daß im Hafen von Algier das Transportschiff Saone mit 589 Oestreichern und 16 Franzosen, so wie die Nièvre mit 1030 Oestreichern aus Mexiko glücklich angelangt sind; gleichzeitig traf in Oran, der Aveyron mit 1891 Soldaten der Fremdenlegion ein.

Die Kabel-Depesche, welche meldet, die Juaristen hätten den Aquädukt von Queretaro abgeschnitten, wird hier als der Todesstoß für Maximilian angesehen, der nun nicht mehr nach Mexiko zurück könne.

Italien.

Florenz, 27. März. Herr v. Beust thut alles, was er kann, um mit Italien auf einen freundschaftlichen Fuß zu kommen, und er unterstützt deshalb in Rom die französische Regierung, welche auf Versöhnung des Papstthums mit Italien hinarbeitet, obgleich der Kaiser Franz Joseph und die kaiserliche Familie Oestreichs noch immer sehr unter ultramontanem Einflusse stehen. — Die Heirath des Prinzen Humbert mit einer östreichischen Erzherzogin wird hier noch immer sehr ungünstig beurtheilt, und man behaugtet, die Akten seien noch keineswegs darüber geschlossen. Der „Lombardia" wird aus verläßlicher Quelle mitgetheilt, Prinz Humbert werde Mitte April seine Reise nach Wien antreten. General Menabrea und ein Theil seines militärischen Hofstaates werden ihn begleiten.

Rom, 28. März. Der russische Graf Strogenow ist hier angekommen. Er hat den Auftrag, die diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und Petersburg wieder anzuknüpfen. Der französische Gesandte unterstützt ihn.

Der beabsichtigte allgemeine Kehraus wider die Grenzbanden ist auf Hindernisse gestoßen. General de Courten unterhandelt noch mit dem zu der Expedition kommandirten italienischen General Fontana; man will diesmal keine halbe Arbeit thun. Diesseits sind 7 Kompagnieen regulärer Truppen zur Verfügung gestellt. Nach dem Uebereinkommen können die römischen Truppen bis 20 italienische Meilen über die Grenze vorgehen und umgekehrt. In Folge dieser Unterhandlungen sahen wir vor einigen Tagen zum ersten Male italienische Offizier-Uniformen; die Neugier der Vorübergehenden war groß. Der verabredete Angriff der Banden von diesseits und jenseits ließ es nöthig erscheinen, die römische Polizei mit den bis nach Rom reichenden Schlupfwinkeln bekannt zu machen, welche jüngst Cannone's jenseits eingefangene 17jährige Geliebte Antonietta entdeckte. Fuoco, Cannone, Guerra, Pace, Andreozzi führen ihre Banden geschickt und sicher, weil diese nur noch aus Eingeborenen bestehen, die mit allen Vortheilen der Oertlichkeit aufs Genaueste bekannt sind.

Spanien.

Madrid, 31. März. Die Kortes des Königreichs sind gestern durch den Konseilpräsidenten Marschall Narvaez kraft eines königlichen Dekrets eröffnet worden. Belda wurde fast einmmig zum Präsidenten gewählt. — Ueberall herrscht vollkommene Ruhe.

Portugal.

Lissabon, 1. April. Nach Berichten aus Rio de Janeiro vom 11. März betrugen die Gesammtabladungen an Kaffee seit der letzten Post 86,200 Sack. Davon gingen nach der Elbe und dem Kanal 5800, nach der Ostsee 8300, nach Nordamerika 52,900 Sack. (Von Santos wurden 11,700 Sack verladen.) Der Vorrath hat um 30,000 Sack zugenommen. Die Preise waren fest. Wechselcours auf London 1/4 höher, Frachten 4 s niedriger.

Rußland und Polen.

⊙ Aus Lithauen, 28. März. Nach einem Erlaß des Kultusministeriums sollte bis zum 15. Februar ein spezielle Nachweisung der im Interesse der Volksbildung in den westl. Gouvernements verwendeten Geldern aus dem Fonds der eingezogenen Strafgelder und Kontributionen eingereicht werden. So viel nun in die Oeffentlichkeit gelangt ist, hat man trotz aller vom jetzigen Generalgouverneur angeordneten Recherchen keinen Anhalt für die Ermittelung der in diesem Sinne verwendeten Summen finden können, und ist es sonach auch natürlich nicht möglich, die verlangten Nachweisungen zu liefern. Der Befehl zur Verwendung der während des Aufstandes von Betheiligten zu erhebenden Strafgelder ist von vornherein einzig und allein im Interesse der Volksbildung gegeben worden; es sind derartige Strafen in Menge erhoben, das weiß Jedermann, doch kann nirgends nachgewiesen werden, ob und wie viel Geld von den eingezogenen Summen für den genannten Zweck verwendet worden. Wem wird nun die Schuld beizumessen sein, daß dem betreffenden Befehle nicht willfahrt und die Fonds anderweit absorbirt worden? — Dem Todten jedenfalls, obgleich der, wenn es darauf ankäme, die Schuld nach dem etwa von der fraglichen Summe gehabten eignen Nutzen zu bemessen, wohl am wenigsten zu vertreten haben dürfte. Die staatliche Kredit- und Hypothekenbank hat bis jetzt ihre Funktionen noch nicht eröffnet und von den angekündigten fünf Millionen als Gründungskapital hat noch Niemand etwas gesehen. — Am 13. d. Mts. kehrten drei Frauen und ein Priester aus der Verbannung zurück; sie gehören zu den neuerdings Amnestirten. Die eine der Frauen, welche in den Lagern während des Aufstandes als Krankenpflegerin fungirt und sich bei Ermordung eines russischen Soldaten vorragend bethätigt hatte, war zum Tode verurtheilt, wurde aber zu 20jähriger Detention begnadigt und ist nun auch dieser Strafe entlassen worden, weil sie sich in der Gefangenschaft durch Gehorsam und gutes Betragen auszeichnete.

Warschau, 31. März. Bei der jetzigen Lage der Verhältnisse in Europa ist es ganz natürlich, daß man überall scharf aufhorcht, ob nicht irgend ein kriegerischer Ton zu vernehmen ist. Ein solcher leiser Ton ist vielleicht in dem folgenden Befehl und in der Anfrage, welche von der Behörde an die Direktionen der Warschau-Wiener und Warschau-Bromberger Eisenbahnen ergangen sind, zu vernehmen. Der Befehl verlangt die ungesäumte Einsendung der Pläne von sämmtlichen Baulichkeiten der beiden Bahnen an das Kriegsministerium in Petersburg, und die Anfrage lautet: für wie viel Militär diese Bahnen Transportmittel stellen können. Laut der Antwort der Direktionen sind sie im Stande täglich ein Bataillon Infanterie zu transportiren, ohne dabei dem regelmäßigen Verkehr Abbruch zuzufügen. — Der Staatsrath des Königreichs Polen, der im Jahre 1861 als eine der Reformen ausposaunt war, mit denen Polen beschenkt würde, der aber seit 1864 nur dem Namen nach existirte, ist nunmehr durch kais. Edikt vom 24/26. März c. definitiv aufgehoben. (D. Z.)

Donaufürstenthümer.

Fürst Michael von Serbien ist am 30. März von Belgrad donauabwärts abgereist. In Varna erwartet ihn der erste Adjutant des Sultans, um ihm das Geleit zu geben. Seit dem 17. d. weht von der Belgrader Citadelle bereits die serbische Fahne. Die weiteren Bedingungen, welche die Pforte an das Freigeben der Festungen knüpft, sind: Die Festungen werden mit allem Kriegsmaterial, mit Ausnahme der Viktualien, welches sich in demselben befindet, an die serbische Regierung abgetreten; letztere darf sie jedoch nicht demoliren; an jedem Freitage (türkischer Festtag), am Namenstage des Sultans und bei Beginn und Schluß des Beirams (drei große türkische Festtage) muß die serbische Garnison aus den Festungen einige Salven abgeben zur Erinnerung an den Großherrn. Außerdem muß neben der serbischen stets auch die türkische Fahne auf den Festungszinnen wehen.

Vom Reichstage.

(24. Sitzung vom 1. April.)

Eröffnung 10 1/4 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. In der Hofloge der Kronprinz, die Großherzogin von Baden, die Prinzen Wilhelm von Baden und Nikolaus von Nassau. Am Tisch der Bundes-Kommissarien Graf Bismarck, der bei seinem Eintritt die Glückwünsche zahlreicher Abgeordneter, auch des Prinzen Friedrich Karl, zu seinem heutigen Geburtstage empfängt, die Minister v. d. Heydt, v. Roon und v. Friesen, Geh. Räthe v. Savigny, Delbrück, v. Liebe, Wetzel, Hoffmann u. A.

Präs. Simson theilt mit, daß ihm im Laufe des gestrigen Nachmittags eine von 70 Mitgliedern des Reichstages unterstützte Interpellation zugekommen sei, von der er den Präsidenten der Bundeskommissarien in Kenntniß gesetzt habe. Die Interpellation werde sich bereits gedruckt in den Händen der Mitglieder befinden (Zahlreiche Rufe: Nein:) oder ihnen augenblicklich zukommen.

Sie lautet. "Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages richten die nachstehenden Anfragen an den Herrn Vorsitzenden der Bundes-Kommissare:

1) Hat die königlich preußische Regierung Kenntniß davon erhalten, ob die in täglich verstärktem Maaße auftretenden Gerüchte über Verhandlungen zwischen den Regierungen von Frankreich und den Niederlanden wegen Abtretung des Großherzogthums Luxemburg begründet sind?

2) Ist die königlich preußische Regierung in der Lage, dem Reichstage — in welchem alle Parteien einig zusammenstehen werden in der kräftigsten Unterstützung zur Abwehr eines jeden Versuchs, ein altes deutsches Land von dem Gesammt-Vaterlande loszureißen — Mittheilung darüber zu machen, daß sie im Verein mit ihren Bundesgenossen entschlossen ist, die Verbindung des Großherzogthums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen. v. Bennigsen. Graf Schwerin. Miquél. Lasker. Dr. Braun. (Wiesbaden). Twesten. v. Unruh. Baron v. Vaerst. Graf Henkel von Donnersmark. Köppe. v. Puttkammer-Sorau. Dr. Lette. Holzmann. Buderus. de Chapeaurouge. Sloman. Jüngken. Dannenberg. Gneist Dr. König. Dr. Ellissen. Salzmann. Wulff. Dr. Prosch. Severin. Weber. Born. Graf zu Dohna. Hoffmann. v. Puttkammer (Fraustadt). v. Hennig. Jungermann. v. Leipziger v. Forckenbeck. Hinrichs. Dr. Weigel. Wisselinck. Jäger. Goertz. Wachenhusen. Knapp. Dr. Harnier. Wölfel. v. Spankeren. Pannier. Delius. Roemer. Forkel. Wagner (Altenburg). Grumbrecht. Dr. Schmid. Kanngießer. Bode. Dr. Rückert. Dr. Oetker. Hering. Wiegand. Dr. Meyer (Thorn). Fries. v. Thünen. Planck. Müller (Brake). Duncker (Berlin). Ausfeld. Richter. Runge. Riedel. Dr. Becker. Wigard. Dr. Schaffrath. Schulze.

Präsident Simson wendet sich an den Vorsitzenden der Bundeskommissarien, ob er geneigt sei die Interpellation zu beantworten. Graf Bismarck erklärt sich dazu bereit und der Präsident fordert den Abg. v. Bennigsen auf die Interlation zu begründen. Der Hr. Abgeordnete will dies vom Platze aus thun, aber von allen Seiten ersucht man ihn sich auf die Tribüne zu begeben, die er unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Hauses betritt.

Abg. Bennigsen: Meine Herren! Seit einigen Tagen mehren sich von allen Seiten die Nachrichten über Verhandlungen zwischen der französischen und der niederländischen Regierung wegen der Abtretung des Großherzogthums Luxemburg; es tritt mit immer größerer Stärke das Gerücht auf, daß ein solcher Abtretungsvertrag bereits abgeschlossen sei. Danach würde ein Fürst aus deutschem Geschlechte, uneingedenk der Erinnerungen seines Hauses, einen Handel eingegangen sein über ein Land, welches zu allen Zeiten ein deutsches Land gewesen ist, welches nur bei Gelegenheit der Gründung des deutschen Bundes dem regierenden Hause der Niederlande zu Theil geworden ist als Austausch gegen andere Abtretungen. Luxemburg, ein deutsches Land, welches stets als Theil des burgundischen Kreises zum deutschen Reiche gehört hat, aus dessen Fürstengeschlechte Kaiser herborgegangen sind für Deutschland und Markgrafen derjenigen Provinz, in deren Mitte gegenwärtig der Reichstag versammelt ist, soll durch einen solchen Handel für Deutschland verloren gehen. Das ist, wie ich glaube, eine dringende Aufforderung für den Reichstag, sich klar darüber zu werden, was die verbündeten Regierungen, was die Vertreter des Volkes einer solchen Gefahr gegenüber thun müssen. Wir haben in dem Grenzlande Luxemburg nicht blos einen Theil deutschen Bodens zu vertreten, wir haben da auch zu schützen eine wichtige militärische Position, die, wenn sie aufgegeben werden sollte, mit Belgien zugleich die deutschen Rheinprovinzen bedrohen würde, eine Festung, auferbaut durch die Entschädigungsgelder, die im Jahre 1815 Frankreich auferlegt wurden, auferbaut zum Schutze Deutschlands gegen Frankreich, in welcher die preußische Regierung nicht blos auf Grund der Verträge von Wien, der Wiener Kongreßakte, sondern auch auf Grund besonderer Abkommen zwischen der preußischen und niederländischen Regierung aus den Jahren 1816 und 1817 werthvolle Rechte der Besatzung und der Ernennung des Gouverneurs und des Kommandanten hat. Es ist Gefahr vorhanden, daß ein deutsches Grenzland verloren geht, in welchem die Bevölkerung wesentlich deutsch ist und nicht daran denkt, französisch werden zu wollen, in welchem allerdings vielleicht eine Abneigung vorhanden ist, sich den schweren militärischen Anforderungen jetzt schon zu fügen, welche an alle Mitglieder des Norddeutschen Bundes gestellt werden, in welchem man aber deutsch ist und deutsch bleiben will. Wenn der Herr Präsident es mir gestattet, so will ich mir erlauben, einen Nothschrei aus Luxemburg mitzutheilen, aus einem Schreiben, das mir kurz vor der heutigen Sitzung zuging, aus welchem hervorgehen wird, wie deutsch Luxemburg ist, und wie wenig Neigung man dort hat, sich von Deutschland zu trennen. Es heißt darin:

„Wüßten die Herren im Reichsrath, wie die 200,000 Luxemburger in Sprache und Sitte doch immer noch ein ganz deutscher Volksstamm sind, wüßten sie, wie im gegenwärtigen Augenblicke überall in Stadt und Land Alles so gebeugt und muthlos ist, jetzt, wo starke Gerüchte von Annexion an Frankreich kursiren; wüßte man, wie sehnsüchtig allgemein die Blicke sich wenden nach jenen Männern, die doch eben nur des zu einigenden und zu festigenden Vaterlandes wegen in Berlin tagen: es müßten doch Alle sich erheben und im Namen so vieler deutscher und deutsch bleiben wollender Stammesbrüder die Stimmen dermaßen erheben, daß jede Konzession von obenher quasi unmöglich und jedenfalls als schneidender Mißton im Einigungswerk, ja als moralischer Todtschlag angesehen werden müßte. Ja, sagte man sich nicht allzu laut, wir seien im geheimen Einverständniß schon längst von Preußen aufgegeben, Sie dürften sicher sein, daß es an eklatanter Offenbarung der Gesinnung nicht fehlen würde. Käme es nur zu einem suffrage universel, so genügt eine nur etwas bestimmte Aussicht zu einem irgend annehmbaren Vertrag mit Preußen, um das Votum überall im deutschen Sinne zu sichern. — Unser Wunsch geht dahin, es möchte doch in irgend einer Weise den Herren des Reichstages bekannt werden, wie wir Luxemburger nicht schon ein halb- oder auch nur ein viertel-französisches Volk mit fränkischer oder wallonischer Sprache, sondern immer noch ein ganz deutsches Volk mit ganz deutscher Sprache sind, und immer bleiben wollen. Unter den 200,000 sind doch höchstens nur 100, die nicht deutsch verstehen und sprechen können."

Meine Herren! Die Interpellation, die wir an den Herrn Präsidenten der Bundeskommissarien gerichtet haben, ist ausgegangen von der liberalen Seite des Reichstages, absichtlich von uns, weil wir vor Allem ein Bedürfniß gefühlt haben, öffentlich kundzugeben, daß in solchen Fällen, wo es sich darum handelt, ungerechte Gelüste des Auslandes abzuweisen, keine besondere Partei im Hause existiren wird (Bravo), daß die Schwierigkeiten, die sich in den letzten Tagen bei der Berathung des Verfassungs-Entwurfs gezeigt haben, nicht den geringsten Einfluß äußern werden auf die Haltung des ganzen Reichstages, wo es gilt, einmüthig und geschlossen dem Auslande gegenüberzustehen und die bisherige kräftige Politik der Regierung auf das Entschiedenste zu unterstützen. (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren! Sie haben aus dem Schreiben, das ich Ihnen verlesen, und aus anderen Notizen, wie ich sie theils brieflich erhalten, theils in der Presse gelesen habe, entnommen, mit welcher Sorge man in Luxemburg dem Ausgange der gegenwärtigen Verhandlungen entgegensieht. Ich finde es auch begreiflich, daß in Luxemburg dies Gefühl der Besorgniß sich nicht in lauten Kundgebungen gegen die Einverleibung in Frankreich ausspricht; denn so lange man in Luxemburg noch diese fürchtet, ist es erklärlich, daß ein so kleines Land nicht wagt, mit der Entschiedenheit französischen Gelüsten gegenüberzutreten, wie wir es sonst von allen deutschen Volksstämmen erwarten können. Um so mehr aber ist es unsere Pflicht, nun in Deutschland und im Auslande und in Luxemburg keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir gesonnen sind, diese Position zu vertheidigen. Meine Herren, es ist eine nicht geringe Versuchung für das Ausland vorhanden, die Auflösung des deutschen Bundes, die Zeit, wo neue Formen deutscher Entwickelung noch nicht fertig geworden sind, zu benutzen, um die Machtstellung gegenüber Deutschland für sich zu verstärken. Wenn wir nicht dem ersten Versuche der Art entgegentreten, dann werden die Versuche sich stets wiederholen, und die jetzige Neubildung wird in Deutschland nicht zur Begründung eines starken Bundesstaates, sondern nur zur Fortdauer der alten Zerrissenheit und Schwäche führen. (Sehr richtig! von allen Seiten.) Wenn wir Vertrauen haben zu der künftigen Leitung der auswärtigen Politik, wie sie sich gezeigt hat im vorigen Jahre und in den Jahren vorher bei der preußischen Regierung, so wird dies Vertrauen allerdings eine neue Bewährung verlangen in der schwierigen Lage, wo wir den Frieden erhalten können, wenn wir stark und entschlossen dem Auslande gegenüberstehen, wo wir aber auch zeigen müssen, daß wir den Krieg nicht scheuen, wo es sich um gerechte Vertheidigung gegen ungerechte Angriffe handelt. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen ja Alle, daß in Frankreich die Reste alter Parteien und ihre alt gewordenen Führer in leidenschaftlichen Reden dazu aufzureizen suchen, nicht bloß in dem Motive, Eroberungen zu machen, sondern vielleicht auch in dem Motive, der jetzigen französischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Geben wir rasch und entschlossen die richtige Antwort und wir werden solche Versuche im Keime ersticken. Wenn in dem Augenblicke, wo der Reichstag versammelt ist, um eine neue Gestaltung deutscher Verhältnisse vorzunehmen, wenn in dem Augenblicke, wo Vertreter der Regierungen und Vertreter des Volkes gemeinsam darüber berathen, Grenzprovinzen von Deutschland losgerissen werden sollten, würde das nicht ein Flecken sein, schwer haftend an deutscher Ehre, würde dadurch nicht der Stempel der Schwäche der Leitung unserer auswärtigen Politik aufgedrückt werden?

Meine Herren! Sie erinnern sich gewiß Alle des patriotischen Ausspruchs, den vor mehreren Jahren Se. Majestät der König von Preußen gethan hat. Kein Dorf solle vom deutschen Boden abgerissen werden. Dies Wort fand überall lebhaften Wiederhall und ist in dankbarer Erinnerung von der deutschen Nation aufbewahrt worden. Jetzt, wo die Vertreter des Norddeutschen Bundes um Se. Majestät den König Wilhelm hier in Berlin versammelt sind, da mag er das deutsche Volk aufrufen, er wird in demselben keine Parteien finden, wo es gilt, sich gegen das Ausland zu vertheidigen; er wird eine einige und entschlossene Nation finden! (Stürmisches Bravo.) Gerade die Gefahr der Einmischung des Auslandes, die könnte auch bei unseren Berathungen das Bedürfniß der Verständigung sowohl bei den verbündeten Regierungen, wie bei den Vertretern des Volkes nur steigern. Wir können sehr rasch zur Annäherung kommen, und das Werk, von dem wir glaubten, es würde uns bis nach Ostern beschäftigen, das könnte in eben so viel Tagen, als sonst Wochen, rasch abgeschlossen werden. (Lebhaftes Bravo.) Wir wissen sehr wohl, was auf dem Spiele steht. Wenn es uns nicht gelingt, noch im Anfange der französischen Nation die Beweise beizubringen, daß sie es hier mit einem Volke zu thun hat, das in einem kräftigen Aufschwunge begriffen, sich jetzt eine Verfassung und das ihm gebührende Ansehen in Europa erringen will, dann haben wir allerdings sehr schwere Zeiten in Aussicht. Wir suchen den Krieg nicht, kommt es aber zu einem solchen, so trägt Frankreich die Verantwortung. Die französische und die deutsche Nation, so reich beide ausgestattet von der Natur, groß genug, um der Entfaltung ihrer Kräfte freien Spielraum zu gewähren, können im Frieden mit einander und in gegenseitiger Achtung nur in der Förderung der Gesittung der Nationen ihre Mission finden. Jeder Krieg, der zwischen diesen Nationen geführt wird, wird dem Fortschritte der Kultur schwere Wunden schlagen, davon ist Niemand mehr durchdrungen als wir. Aber wenn das Ausland uns stören will in dem gegenwärtigen Werke der Einigung, dann wird es hier auf eine Nation und eine Regierung stoßen, die allen derartigen Versuchen mit der äußersten Entschlossenheit entgegentreten werden. M. H.! Lassen Sie uns deshalb darüber keinen Zweifel, daß, wie unter uns hin alle Parteien einig sind, so auch das deutsche Volk einig sein wird, jede kräftige Politik der Regierung auf jede Gefahr hin zu unterstützen, diesem und allen etwaigen späteren Versuchen des Auslandes gegenüber! (Lebhaftes Bravo von allen Seiten des Hauses.)

Der Vorsitzende der Reichstags-Kommissarien, Graf v. Bismarck: Die hohe Versammlung wird es natürlich finden, wenn ich mich in einer Frage von der Tragweite, welche die vorliegende gewonnen hat, in diesem Augenblicke darauf beschränke, die Interpellation mit einer Darlegung des thatsächlichen Sachverhältnisses, so weit es der k. Regierung und ihren Bundesgenossen bekannt ist, zu beantworten. Ich muß dazu zurückgreifen auf die Ursachen, die es veranlaßt haben, daß das Großherzogthum Luxemburg nicht Mitglied des Norddeutschen Bundes ist.

Bei Auflösung und durch die Auflösung des früheren deutschen Bundes gewann jeder der an demselben betheiligten Staaten seine volle Souverainetät wieder, so wie er sie vor Stiftung des Bundes besessen, aber durch die Verpflichtungen, die er im Bundesvertrage freiwillig eingegangen war, beschränkt hatte. Nach Auflösung des Bundes genoß das Großherzogthum Luxemburg und sein Großherzog derselben Souverainetät europäischen Charakters, wie das Königreich der Niederlande und sein König. Die große Mehrzahl der früheren Bundesgenossen, gleich Preußen, benutzten ihre Freiheit, um sofort auf dem nationalen Boden einen neuen Bund behufs gegenseitiger Unterstützung und Pflege nationaler Interessen zu schließen. Das Großherzogthum Luxemburg fand es seinen Interessen nicht entsprechend, denselben Weg einzuschlagen. Durch die Organe, welche uns innerhalb des Großherzogthums und an seinen Grenzen zu Gebote stehen, waren wir davon in Kenntniß gehalten, daß eine entschiedene Abneigung, dem Norddeutschen Bunde beizutreten, in allen Schichten der Bevölkerung heimisch war. In den höheren und namentlich in den höchsten war sie getragen von einer deutlich ausgesprochenen Mißstimmung gegen Preußen und dessen Erfolge, in den unteren getragen von einer Abneigung gegen die Uebernahme derjenigen Lasten, die eine ernsthafte Landesvertheidigung nothwendig mit sich führt.

Die Stimmung der luxemburgischen Regierung fand Ausdruck in einer Depesche, die im Oktober an uns gerichtet wurde, und in welcher sie uns nachzuweisen suchte, daß wir kein Recht mehr hätten, in Luxemburg Garnison zu halten. Die Königliche Regierung und ihre Bundesgenossen mußten sich die Frage stellen, ob es angemessen sei, unter diesen Umständen eine Einwirkung oder gar einen Druck dahin zu üben, daß das Großherzogthum, welches dem Zollverein angehört, auch dem Norddeutschen Bunde beiträte. Sie hat sich nach gründlicher Erwägung diese Frage verneint. Sie mußte es einmal als einen zweifelhaften Vortheil betrachten, in einem Bunde von dieser Intimität in dem Großherzog von Luxemburg ein Mitglied zu haben, welches in seiner Eigenschaft als König der Niederlande seinen Schwerpunkt außerhalb des Bundes, seine Interessen außerhalb des Bundes hat und vielfach möglicherweise im Widerspruch mit dem Bunde haben könnte. Die Erfahrungen, welche wir in dieser Beziehung in dem früheren Bunde gehabt haben, waren lehrreich genug, um uns abzuhalten, eine ähnliche Einrichtung im vollen Maße auf die neue Institution zu übertragen.

Die Königliche Regierung hat sich ferner gesagt, daß vermöge der geographischen Lage und der eigenthümlichen Verhältnisse gerade des Großherzogthums Luxemburg die Behandlung insbesondere dieser Frage einen höheren Grad von Vorsicht erforderte. Man erweist der preußischen Politik nur Gerechtigkeit, wenn an einer hervorragenden Stelle ausgesprochen worden ist, die preußische Politik suche die Empfindlichkeit der französischen Nation — natürlich, so weit es mit der eigenen Ehre verträglich ist — zu schonen. Die preußische Politik findet und fand zu einer solchen Politik Anlaß in der gerechten Würdigung der Bedeutung, welche die freundschaftlichen Beziehungen zu einem mächtigen und ebenbürtigen Nachbarvolke für die friedliche Entwickelung der deutschen Frage haben mußten.

Aus derselben Rücksicht, die ich hiermit charakterisirt habe, will ich mich enthalten, auf den zweiten Theil der Interpellation mit Ja oder Nein zu antworten. Der Wortlaut dieses zweiten Theiles ist ein solcher, wie er einer Volksvertretung, die auf dem nationalen Boden steht, wohl anstehen mag; er gehört aber nicht der Sprache der Diplomaten an, wie sie in Behandlung internationaler Beziehungen, so lange dieselben im friedlichen Wege erhalten werden können, geführt zu werden pflegt.

Was den ersten Theil der Interpellation betrifft, so will ich das Sachverhältniß, soweit es zur Kenntniß der königl. Regierung gekommen ist, offen darlegen. Die königl. Regierung hat keinen Anlaß anzunehmen, daß ein Abschluß über das künftige Schicksal des Großherzogthums bereits erfolgt sei; sie kann das Gegentheil natürlich nicht mit Bestimmtheit versichern, sie kann auch nicht mit Bestimmtheit wissen, ob, wenn er noch nicht erfolgt wäre, er vielleicht unmittelbar bevorstände. Die einzigen Vorgänge, durch welche die königl. Regierung veranlaßt gewesen ist, geschäftlich Kenntniß von dieser Frage zu nehmen, sind folgende:

Vor wenigen Tagen hat Se. Majestät der König der Niederlande den in Haag akkreditirten königlich preußischen Gesandten mündlich in die Lage gesetzt, sich darüber zu äußern, wie die preußische Regierung es auffassen würde, wenn Sr. Niederländische Majestät sich der Souveränetät über das Großherzogthum Luxemburg entäußerten. Der Graf Perponcher, unser Gesandter im Haag, ist angewiesen worden, darauf zu antworten, daß die königl. Regierung und ihre Bundesgenossen im Augenblicke überhaupt keinen Beruf hätten, sich über diese Frage zu äußern, daß sie Sr. Majestät die Verantwortlichkeit für die eigenen Handlungen selbst überlassen müßten, und daß die königliche Regierung, bevor sie sich über die Frage äußern würde, wenn sie genöthigt wäre, es zu thun, sich jedenfalls vorher versichern würde, wie die Frage von ihren deutschen Bundesgenossen, wie sie von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839 und wie sie von der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche grade im gegenwärtigen Augenblick in der Gestalt dieser hohen Versammlung ein angemessenes Organ besitzt, aufgefaßt werden würde. (Lebhafter Beifall.)

Die zweite Thatsache war diejenige, daß die königlich niederländische Regierung durch ihren hiesigen Gesandten uns ihre guten Dienste Behufs der von ihr vorausgesetzten Verhandlungen Preußens mit Frankreich über das Großherzogthum Luxemburg anbot. Wir haben darauf geantwortet, daß wir nicht in der Lage wären, von diesen guten Diensten Gebrauch zu machen, weil Verhandlungen dieser Art nicht schwebten. (Heiterkeit und Beifall.)

In dieser Lage, meine Herren, befindet sich, soviel der königlichen Regierung bekannt ist, die Sache noch in dieser Stunde. Ich betone, soviel ihr bekannt ist, und beziehe mich auf das zurück, was ich kurz vorher über die Möglichkeit eines Abschlusses gesagt habe. Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich in diesem Augenblicke — ähnlich wie es einem Volksvertreter, einer Volksvertretung gestattet ist — über die Absichten und Entschlüsse der königlichen Regierung und ihrer Bundesgenossen in diesem und in jenem Falle in der Oeffentlichkeit Erklärungen abgeben solle. Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; sie hoffen im Stande zu sein, solche Rechte zu wahren und zu schützen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und ohne Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen, in welchen sich Deutschland bisher zur Genugthung der verbündeten Regierungen mit seinen Nachbarn befindet. Sie werden sich dieser Hoffnung um so sicherer hingeben können, je mehr das eintrifft, was der Herr Interpellant vorher zu meiner Freude andeutete, daß wir durch unsere Berathungen das unerschütterliche Vertrauen, den unzerreißbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit seinen Regierungen und unter seinen Regierungen bethätigen werden. (Lebhafter allseitiger Beifall!)

Präsident Simson: Meine Herren, es ist weder ein Antrag auf weitere Diskussion über die Interpellation noch ein durch ihre Beantwortung hervorgerufener besonderer Antrag gestellt worden. Ich spreche aber zuversichtlich die Empfindung des hohen Reichstages aus, wenn ich sage, die Weise, in welcher der Reichstag die Interpellation sowohl wie ihre Beantwortung Seitens des Herrn Präsidenten der Bundeskommissarien aufgenommen hat, spricht deutlicher und unzweideutiger, als wenn irgend ein formeller Antrag gekommen wäre. (Bravo.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, Fortsetzung der Vorberathung des Verfassungsentwurfs. Es wird znnächst die Generaldiskussion über Abschnitt VI. desselben eröffnet, und erhält zuerst das Wort

Abg. Erxleben: Zu meiner Freude wird die vertragsmäßige Natur des Zollvereins jetzt insofern eine Veränderung erleiden, daß er im Norddeutschen Bunde zu einer verfassungsmäßigen, also nicht auf Zeit sich beschränkenden Einrichtung umgewandelt wird. Dies wird um so erfreulicher sein, wenn die süddeutschen Staaten im Zollverein werden verbleiben können. Ich nehme an, daß so lange das Vertragsverhältniß zu den süddeutschen Staaten durch die vorbehaltene Kündigungsbefugniß nicht gelöst ist, die Verträge zwischen allen Zoll-Vereinsstaaten unverändert fortbestehen. Daraus folgt, daß die Präcipua, welche Preußen für Hannover und Frankfurt, außerdem Oldenburg und Schaumburg-Lippe beziehen, auch in Beziehung auf die süddeutschen Staaten unverändert fortbestehen. Dann aber nehme ich nach den Worten des Verfassungs-Entwurfs an, daß in dem Verhältnisse der Norddeutschen Staaten untereinander diese Präcipua wegfallen sollten. Es wäre das unzweifelhaft, wenn nicht in dem Art 37. das Präcipuum von Hannover, Oldenburg und Schaumburg Lippe ausdrücklich als fortbestehend angesehen und bezeichnet wäre. Ferner möchte ich wissen, wie der Anschluß, der noch nicht zum Zollverein gehörigen Norddeutschen Staaten ausgeführt werden soll. Soll unmittelbar nach der Verkündigung der Verfassungs-Urkunde der Anschluß an den Zollverein erfolgen für Holstein, Lauenburg und Schleswig, was nicht unmöglich sein würde, ferner Mecklenburgs, hinsichtlich dessen noch Hindernisse bestehen in Folge seines Vertrages mit Frankreich? Wie denkt man es ferner zu halten mit den Uebergangsmaßregeln, die doch unerläßlich sein werden in Bezug auf die Nachversteuerung von Waaren, die in diesen Gebieten bis zu ihrem Anschluß an den Zollverein eingeführt werden können? Alle diese Länder haben einen sehr niedrigen Tarif, und so wenig ich wünsche, daß sie mit einer Nachsteuer schwer bedrückt werden, so darf ihnen doch nicht lange Zeit zur massenhaften Einführung von Waaren zu ihrem niedrigen Tarif gelassen werden, mit denen sie nachher die übrigen Staaten überschwemmen.

Abg. Michaelis (Ueckermünde): Es ist in diesem Augenblicke schwer, über eine anscheinend so trockene Frage in dieser Versammlung zu sprechen, die so eben von so großen nationalen Fragen erregt worden ist. Sie hat indessen nicht blos eine technische, sondern auch ihre nationale Seite. Wir sind im Begriff der alten Klage, daß unser Vaterland in seiner Gesetzgebung über die Grundlagen seiner materiellen und Verkehrsverhältnisse an Händen und Füßen gebunden sei, Abhülfe zu schaffen und gleichzeitig dem Norddeutschen Bund eine feste finanzielle Grundlage zu gewähren, in den ihm ein für allemal zugewiesenen Einnahmen aus den Zöllen und den in diesem Abschnitt genannten indirekten Steuern. Bisher scheiterte an der Unmöglichkeit des ordentlichen Weges der Gesetzgebung jede durch die Bedürfnisse der Zeit verlangte Veränderung unserer Handelspolitik, vor Allem das Entstehen einer fortdauernd in Fluß befindlichen Reform unserer Gesetzgebung über indirekte Steuern und Zölle. Jene großartigen Erfolge finanzieller Reformen, wie sie in England in den letzten 20 Jahren vor den erstaunten Augen Europas vor sich gingen, konnten wir sehen, von ihnen lernen, sie beneiden, aber es war unmöglich, gleiche Reformen auch in unserem Vaterlande zur Anwendung zu bringen. Mit dem Uebergange der gesammten Gesetzgebuug über Zölle und die wichtigsten indirekten Steuern, welche zugleich auf den Verkehr innerhalb des Bundesgebietes Einfluß haben, an eine geordnete einheitliche, staatliche Institution ist der Handels- und der Steuer-Reformpolitik die Bahn eröffnet und wir gehen einer Zukunft entgegen, wo die in Fluß gebrachte Reformgesetzgebung auf diesem Gebiet es dem Volke ermöglichen wird leichter die finanziellen Lasten zu tragen, mit gleichem Aufwande von Opfern Größeres mit geringeren Opfern Gleiches zu leisten. Noch haben wir einen Tarif und eine Steuergesetzgebung vor uns, welche die zahlreichen Narben der Fesseln an sich trägt, in welche sie seit längerer Zeit geschmiedet waren.

Die Zukunft wird reichlich Gelegenheit bieten durch Vereinfachung unseres Tarifs und durch eine wirthschaftlichere Gestaltung der indirekten Steuern den Ertrag unter minderer Belastung des Volkes zu erhöhen. Es wird nicht schwer fallen diesen Ertrag, der mit dem der Post ungefähr 48 Millionen beträgt, wesentlich zu erhöhen und damit den Theil des Bundesbudgets, welcher durch Umlagen oder direkte Steuern aufgebracht werden muß, zu vermindern. Es wird der Zukunft überlassen bleiben, gegenüber einem etwaigen Anschwellen des Ertrages dieser Abgaben, welches denselben näher an die Grenze des Bedarfs für nothwendige Ausgaben heranbrächte, ihnen eine Schranke zu setzen. Ich konstatire, daß wir den künftigen Reichstagen eine Verantwortlichkeit hinterlassen müssen, die wir ihnen nicht abnehmen können, für den richtigen und und vorsichtigen Gebrauch ihres Steuerbewilligungsrechtes. Wir legen den finanziellen Grund des Norddeutschen Bundes, indem wir ihm mit Genehmigung dieses Abschnittes den Ertrag der Zölle und der indirekten Abgaben nicht auf ein Jahr, nicht auf irgend eine andere Periode, sondern auf immer vorbehaltlich der Aenderungen der künftigen Gesetzgebung überweisen und je höher diese Erträge, desto sicherer der Rückhalt für die Operation der Exekutive des Bundes. Wir müssen uns daher vorbehalten, bei den späteren Theilen der Finanzgesetzgebung des Bundes, die in den folgenden Abschnitten enthalten sind, die nothwendigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen, um die Garantien für ein Zusammenwirken zwischen Exekutive und Reichsverfassung zu sichern. Es ist die Genehmigung dieses Abschnitts zugleich ein leichter und ein schwerer Entschluß. Denn indem wir auf die Erträge dieser Zölle und indirekten Abgaben die ganze Existenz des Bundes bauen, haben wir ein Moment geschaffen, welches einer Ermäßigung dieser Abgaben, welche ihren Ertrag vermindern würde, die größten Schwierigkeiten bereitet.

Ich erinnere an die Salzsteuer, welche als Kopfsteuer, als Besteuerung eines nothwendigen Lebensmittels und eines Artikels, welcher die Grundlage vieler Zweige der Industrie bildet, von der Theorie wie von der Praxis längst verurtheilt worden ist. Aber ich habe in dieser Beziehung eine ganz bestimmte Hoffnung: es werden unzweifelhaft Gesetzesvorlagen kommen, die den Zweck haben, durch Erhöhung einzelner Zölle oder Abgaben financielle Mehrerträge zu erzielen, aber gleichzeitig auch andere, welche durch Herabsetzung oder Beseitigung einzelner Zölle die übrigen ertragreicher zu machen. Bei jeder solchen Vorlage wird die Volksvertretung dafür sorgen müssen, daß im Ganzen eine Erleichterung der Lasten des Volkes aus den jedesmaligen Aenderungen der Steuergesetzgebung hervorgehe und daß die hauptsächlichste Sicherheit künftiger Mehrerträge darin gesucht werde, daß durch Erleichterung des Verkehrs und Vereinfachung des Tarifs die übrigen Quellen der indirekten Besteuerung reichlicher fließend gemacht werden. Auf diesem Wege wird sich eine Reihe von Kompromissen eröffnen, die dahin führt, daß die Einnahmen auf immer weniger Zollsätze zurückgeführt werden und eine Reihe von Abgaben, welche wenig Ertrag geben und mehr den Verkehr hindern als den Finanzminister fördern, von Abgaben, welche die Konsumenten besteuern, ihren Ertrag aber nicht in die Hände der Finanzverwaltung, sondern der bevorzugten Produeenten-Interessen führen, aufgehoben wird und daß durch Aufhebung dieser Tarifsätze unser Zollsystem auf immer weniger Positionen zurückgeführt wird. Dann wird auch der Zeitpunkt kommen, wo selbst denjenigen Theilen des Gebietes, welche jetzt noch einen Zollausschluß sich vorbehalten, um ihren Antheil am Weltverkehr zu be-

haupten, es vortheilhaft erscheinen wird, mit in das gemeinsame Recht einzutreten.

Abg. **Braun-Hersfeld.** (Redner spricht vom Platze unter großer Unruhe des Hauses und wendet überdies noch der Journalistentribüne den Rücken zu, so daß er fast absolut unverständlich ist): Wenn auch hier und dort gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs Mißbilligung herrschen mag, so wird man ihm doch im Großen und Ganzen seine Zustimmung nicht versagen und auch die Hoffnung hegen können, daß er mit dazu dienen wird, die süddeutschen Staaten zu uns herüberzuziehen. Es ist klar, daß der materielle Wohlstand des Norddeutschen Bundes einer blühenden Entwickelung entgegengeführt werden wird. Was Art. 31 anbetrifft, so wird allerdings für Hamburg, Lübeck und Bremen in nächster Zeit das Freihafensystem beibehalten sein, anders dürfte es sich aber mit Altona verhalten, das in den Zollverein aufgenommen werden muß. Ich schließe mit dem Wunsche, in Rücksicht auf die heutige Interpellation diesen Theil des Verfassungsentwurfs, zu dem ja wenig Amendements gestellt sind, möglichst schnell zu erledigen. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. **Schleiden**: Es war ursprünglich nicht meine Absicht, in der General-Diskussion das Wort zu nehmen, indessen muß ich mich dazu veranlaßt fühlen, da der Vorredner auch Art. 31 in den Kreis seiner Erörterungen gezogen und dabei ausgeführt hat, daß Hamburg Freihafen bleiben möge, daß aber für Altona die Freihafen-Qualität fraglich erscheine und daß es in den Zollverein aufgenommen werden müsse. Er scheint niemals in Altona gewesen zu sein, wenn er nicht weiß, daß Hamburg und Altona innig mit einander verwachsen sind und auf gleichem Fuße behandelt werden müssen. Es läuft kein Schiff von Hamburg aus, das nicht auch in Altona einen Theil seiner Ladung nähme; beide Städte haben die Börse und andere Einrichtungen gemeinschaftlich; wenn man von Hamburg nach Altona fährt, weiß man nicht, wo Hamburg aufhört, und wo Altona anfngt. Eine einzige Omnibuslinie hat im vorigen Jahre 615,000 Menschen zwischen Hamburg und Altona befördert. Rechnet man die anderen Fahrgelegenheiten und die Fußgänger hinzu, so hat man wenigstens 10 Millionen Menschen jährlich, die von Hamburg nach Altona, oder umgekehrt gegangen oder gefahren sind. Wo wollen Sie das Zollpersonal hernehmen, das die täglich zwischen Hamburg und Altona Passirenden untersuchen soll? Das ist aber nur der Landverkehr. Der Verkehr durch die Schifffahrt entzieht sich vollends jeder Kontrole. M. H.! Eine Scheidung Hamburgs und Altonas ist vollkommen unmöglich. Altona ist die erste Handelsstadt, die Preußen an der Nordsee erworben hat, das muß genügen, um für Preußen die Nothwendigkeit herauszustellen, dieser Handelsstadt nicht die Adern ihres Verkehrs zu unterbinden. M. H,! Ich bitte Sie, keinen Beschluß im Sinne des Vorredners zu fassen, sondern den Art. 31 so zu lassen, wie er ist.

Bundes-Kommissar Ministerialdirektor **Delbrück**: Die Voraussetzung, von der der Herr Abg. Erxleben ausgegangen, ist vollkommen richtig und schließt die Antwort auf seine Fragen ein: die Zollvereinsverträge im Verhältniß zu den süddeutschen Staaten dauern so lange unverändert fort, bis sie gekündigt oder im gemeinsamen Einverständniß abgeändert sein werden. Bis dahin besteht auch, was in den Verträgen über die Präzipua enthalten ist, fort. Wenn der Herr Abgeordnete Zweifel hegte, weil im Artikel 37 des Entwurfs der Artikel des hannover-oldenburgischen Abschlußvertrages vom 11. Juli 1864 in welchem von dem Präzipuum die Rede ist, nicht erwähnt worden ist, so beruht dies einfach darauf, daß dieser Artikel nicht mehr gilt. Er ist durch den späteren allgemeinen Zollvereinsvertrag vom 16. Mai 1865 ausdrücklich aufgehoben worden und das, was er enthält, ist in diesen allgemeinen Zollvertrag übergegangen. Auch die zweite Frage in Beziehung auf die Modalitäten der Einschließung der Elbherzogthümer und der Großherzogthümer Mecklenburg in den Zollverein beantwortet sich aus der von dem Herrn Redner an die Spitze gestellten Voraussetzung. Nach den bestehenden Zollvereinsverträgen setzen dergleichen Zollanschlüsse Verhandlungen und Verständigungen mit sämmtlichen Vereinsregierungen, namentlich auch über den wichtigen Punkt voraus, durch welche Maßregeln es zu verhindern ist, daß Waarenmengen, welche unter einem niedrigeren Tarifsatz in einem anzuschließenden Lande angehäuft sind, nicht in den bestehenden Zollverein in einem Umfange eingeführt werden, welcher die Zollvereine beeinträchtigt.

Die General-Diskussion wird geschlossen.

Abg. **Braun** (Hersfeld) bemerkt persönlich, daß er einmal keinen Antrag gestellt habe und daß er zweitens Hamburg und Altona sehr genau kenne, da er seit 30 Jahren alljährlich regelmäßig dort zu thun habe.

Es beginnt nunmehr die **Spezialdiskussion** über die einzelnen Artikel des Abschnitts VI. **Art.** 30 lautet: „Der Bund bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Ausgeschlossen bleiben die wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgrenze nicht geeigneten einzelnen Gebietstheile Alle Gegenstände, welche im freien Verkehr eines Bundesstaates befindlich sind, können in jeden andern Bundesstaat eingeführt und dürfen in letzterem einer Abgabe nur in so weit unterworfen werden, als daselbst gleichartige inländische Erzeugnisse einer inneren Steuer unterliegen.“ Die Abgg. **Erxleben** und **Francke** beantragen, den Schluß dieses Artikels so zu fassen: „einer **nicht gemeinschaftlichen** inneren Steuer unterliegen.“

Die Debatte wird geschlossen, das Amendement wird jedoch abgelehnt und § 30 des Entwurfs angenommen.

Art. 31 lautet: „**Die Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen.**

Abg. **Grumbrecht**: M. H.! Ich würde nicht das Wort genommen haben, wenn mir nicht Mittheilung geworden wäre, daß andere Seestädte gegen diese Begünstigung der Hansestädte eine Agitation in's Werk setzten, gegen die ich mich erklären müßte selbst auf die Gefahr hin, mit meinen Wählern in Widerspruch zu gerathen. Als Hannover 1854 in den Zollverein trat, war Harburg ein Freihafen und bei den damaligen Verhandlungen mußte natürlich diese Eigenschaft mit zur Erörterung kommen. Eine große Partei kämpfte für den Freihafen, ich aber glaubte mich dagegen erklären zu müssen. Was war nun der Erfolg, daß die Freihafenpartei mit ihren Anstrengungen nicht reussirte? Das, m. H., daß Harburg, welches vor 10 Jahren ein unbedeutender Ort von 6000 Seelen war, jetzt eine blühende Fabrikstadt von 14,000 Einwohnern ist. Die besonderen Verhältnisse, die bei Harburg dafür sprachen, daß es nicht als Freihafen bestehen bleibe, sprechen indessen bei Hamburg dafür, daß es wenigstens für die nächste Zeit noch diese Qualität behalte. Wenn wir solche Zolltarife hätten, wie sie in England bestehen, dann läge die Frage anders für Hamburg, so lange die gegenwärtigen Tarife aber bestehen, könnte Hamburg nicht ohne große Nachtheile auf den Charakter eines Freihafens verzichten. Lübeck und Bremen befinden sich in anderen Verhältnissen und in Bremen war bekanntlich schon früher eine Agitation für den Anschluß an den Zollverein ins Leben getreten. Ich spreche deshalb vorzugsweise nur von Hamburg. Man hat die Hamburger damit trösten wollen, daß ihre Stadt ein großes Entrepot des Weltmarkts für den Zwischenhandel werden würde, und auf das Beispiel Londons verwiesen. An London reicht aber Hamburg nicht hinan. Dort ist ein Weltmarkt von allergrößter Bedeutung und zwar nur für einzelne Artikel. In Hamburg ist ein kleinerer Weltmarkt, aber mit Allem versehen, was die Detailhändler in ganz Deutschland gebrauchen. Man kann nun nicht verlangen, daß die Hamburger ihr jetzt übliches Verfahren mit Entrepots anders einrichten und mit großen Kosten ein anderes System begründen sollten, dem sie zunächst einen Theil ihrer alten Bestände opfern müßten. Ich empfehle demnach nochmals Hamburg vorläufig als Freihafen zu belassen.

Abg. **Wiggers** (Berlin): Meine Herren. Ich bin vollkommen damit einverstanden, daß wir uns möglichst beeilen, es stehen aber doch sehr wichtige Interessen auf dem Spiele. Wir wünschen ein einheitliches Zollgebiet, auf dem aber für die Hansestädte eine Ausnahme existiren soll. Ich will den Gegenstand nicht erschöpfend behandeln; es existirt eine ganze Broschürenliteratur darüber. So weit ich es beurtheilen kann, sprechen wichtige Bedenken dagegen, den Hansestädten die Freihafenqualität zu ertheilen. In den Hansestädten selbst sind die Meinungen darüber getheilt. Hamburg hat bereits ein großes Absatzgebiet in Hannover verloren; jetzt steht ihm der Verlust Mecklenburgs und der Elbherzogthümer bevor. Was den internationalen Zwischenhandel anbetrifft, so weise ich darauf hin, daß nicht blos London, sondern auch andere große Plätze Frankreichs und Englands bedeutenden Zwischenhandel treiben, ohne Freihäfen zu sein. Warum sollte es also Hamburg nicht auch im Stande sein. Es kommt nicht blos die Rücksicht auf Hamburg in Betracht, sondern auch die auf den Zollverein. Die Hamburger sagen immer, sie sind Freihändler, im Grunde genommen aber sind sie Monopolisten, die da wollen, daß andere Seestädte mit ihnen im internationalen Zwischenhandel nicht konkurriren sollen. Es spielen auch gewichtige englische Interessen mit, für die man ein großes Depot beabsichtigt; damit können wir die deutsche Industrie nicht belasten. Aus Chemnitz ist gegen die Freihafenqualität Hamburgs eine Petition eingelaufen. Der Export Hamburgs hängt von der inländischen Industrie ab und diese sieht ihre Interessen gefährdet wenn Hamburg nicht dem Zollverein beitritt, sondern zum Freihafen erklärt wird. Ich bin dafür, daß die Hansestädte interimistisch auf 3 Jahre in ihrer jetzigen Stellung belassen werden, damit sie sich so auf den Eintritt in den Zollverein vorbereiten können, und bitte, Art. 31 zu streichen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. **Slomann**: Meine Herren! Ich bin in der angenehmen Lage Sie bitten zu können, das Interesse der Hansestädte zwar nicht aus den Augen zu verlieren, aber sich hauptsächlich zu fragen, ob zur gedeihlichen Entwickelung des Handels, der Industrie und der materiellen Interessen Deutschlands nicht erforderlich ist, daß die Hansestädte ihre Freihafenstellung behalten. Die Frage, ob Freihandel, ob Schutzzoll, hat mit der vorliegenden nichts zu thun; auch die Ansicht, daß die Hansestädte auf Kosten des Binnenlandes sich bereichert haben, ist wohl als abgethan zu betrachten. Zur Sache selbst bemerke ich, daß man in allen großen Zollgebieten die Nothwendigkeit gefunden hat, Freihäfen, oder freie Niederlagen, oder Entrepots, oder sogenannte Docks zu errichten. Alle diese vier Einrichtungen sind so zu sagen, Geschwisterkinder und verfolgen denselben Zweck, nämlich dem Handel ein Asyl zu geben, in dem er sich frei von allen Zollbelästigungen bewegen und nach allen Richtungen hin ausdehnen kann. So finden sie Triest, Genua, Livorno, Marseille, Havre und Antwerpen mit solchen Einrichtungen, und in England in allen größeren Häfen die größten Docks. Die von London und Liverpool bedecken ein Terrain, was zusammengenommen größer ist, als unser ganzer kleiner Freistaat. Die Docks sind nicht aus dem Interesse jener Plätze, sondern aus dem des ganzen Landes hervorgegangen. Wäre das nicht der Fall, so hätten jene englischen Häfen nicht ihre umfassenden Privilegien, gegen die sich keine Stimme erhoben hat. Es ist auch ganz klar, daß es für die Konsumenten, wie für die Produzenten eines jeden Landes ein großes Bedürfniß ist, in möglichster Nähe den bestassortirten, bestversehenen und eben seiner Nähe wegen billigsten Markt zu haben. Für diejenigen Artikel, welche sie zu konsumiren haben, oder deren sie zur Anfertigung ihrer Erzeugnisse benöthigt sind. Das Binnenland kommt dabei um so besser fort, je mehr Vorräthe aller Art an einem solchen Platze aufgehäuft sind, ganz abgesehen davon, daß wir in demselben Maße, als wir importiren, gezwungen sind auch zu exportiren. Bei diesem Export liegt es aber auf der flachen Hand, daß wir vorzugsweise auf die Erzeugnisse Deutschlands angewiesen sind und auch darauf, für diese Erzeugnisse alle nur möglichen Absatzquellen aufzufinden.

Daraus ergab sich, daß auf allen Plätzen in allen Zonen der Welt sich hanseatische Etablissements gebildet haben, wo die deutschen Schiffe deutsche Waaren und deutsche merkantilische Intelligenz finden und ich glaube, daß dieser Ruhm den hanseatischen Städten zu Gute kommt. Ohne unsere Freihafenstellung könnten wir diese Geschäfte gar nicht treiben. Zum Beispiel ein Haus hat ein Etablissement an der mexikanischen Küste. Es macht dorthin jährlich vielleicht 4 große Aussendungen, vorzugsweise deutsche Produkte, aber da diese das Bedürfniß nicht ganz decken, sieht es sich gezwungen, auch die Erzeugnisse anderer Länder mit beizuladen, dazu ist die Freihafenstellung nöthig, denn, wären diese Produkte nicht in Hamburg zu bekommen, so wären diese Aussendungen gar nicht zu machen. Mit halber Ladung kann kein Schiff expedirt werden. Ein anderes Beispiel geben die Niederlassungen der russisch-amerikanischen Kompagnie in Kamschatka, Sitka, auf den aleutischen Inseln, die früher ausschließlich von London, jetzt auch von Hamburg aus versorgt werden, jedes Schiff aber führt jetzt mehr als die halbe Ladung deutscher Produkte, die früher ganz unvertreten waren. Ich führe außerdem die vier Dampfschifffahrts-Verbindungen mit Norwegen und Schweden an, die auch vorzugsweise deutsche Produkte befördern. M. H.! Aehnliche Beispiele giebt es noch eine Menge, lassen Sie mich dafür ein Paar persönliche Worte hinzufügen: Wir sind hierher gekommen mit der festen Absicht, uns dem deutschen Bunde anzuschließen, aber zum Bunde gehören zwei. Wenn wir hierher kommen, um uns mit Ihnen zu verbinden, dann hoffe ich auch, daß Sie Rücksicht nehmen auf unsere und die allgemeinen Interessen. Wir bringen keine glorreichen Thaten mit wie die von Königgrätz, aber in der Kulturgeschichte der Völker spielt auch der Handel eine Rolle, der Welthandel, wie ihn die Venetianer, Genueser und Fugger trieben, obgleich das nur Kinderspiel gegen die Gegenwart war. In diesem Handel haben die Hansestädte eine sehr ehrenwerthe Stellung eingenommen und ich meine, daß ein Bund, in dem sich die dritte Handelsstadt Europa's befindet, eine noch ganz andere Stellung hat, als ohne dieselbe. Sie können unsere große Handelsstellung mit einem Federstrich vernichten, müßten aber viel Dinte verschreiben, um einmal vernichtet sie wieder herzustellen. (Bravo.)

Bremischer Bundes-Kommissar Dr. **Krüger**: Die Stellung der Hansestädte dem Inlande gegenüber ist nie eine bevorzugte gewesen. In ihren Verkehrsbeziehungen dem Inlande gegenüber haben sie stets mehr Hinderung als Förderung erfahren; hierzu kam, daß sie die außerordentlich großen Lasten des Handelsapparats ganz allein zu tragen hatten. Und dennoch haben sie sich so glänzend entwickelt, weil sie sich auf ihrem beschränkten Raume einer vollständig freien bürgerlichen und kommerziellen Selbstregierung zu erfreuen hatten. Gerade durch die freie Bewegung ist jener reiche und fruchtbare Handelsgeist geschaffen worden, der vergleichbar ist mit dem militärischen Geiste, und welche beide die Folgen sind eines angestrengten durch Generationen hindurch fortgesetzten Strebens. Auch der Einsatz, die Opfer, die Verluste, welche die Bethätigung des Geistes fordert, sind bedeutend, ähnlich wie die Opfer auf dem Schlachtfelde; und keines dieser Opfer ist von den Hansestädten geschont worden. So ist es denn gekommen, daß unter den zahlreichen Handelsplätzen an den Küsten des europäischen Kontinents Hamburg die erste Stelle einnimmt und Bremen einen Aufschwung genommen hat, wie keine andere Hansestadt. (Hört! Hört!) Der Handel, meine Herren, ist nicht blos ein Gewinn für die Einzelnen, für die Industrie und Kultur, sondern eine Macht; und wenn der Norddeutsche Bund eine wirkliche Handelsmacht werden will, so darf er die Ausdehnung des Handels in den Hansestädten nicht willkürlich beschränken, sondern er muß die Bedingungen hinnehmen, unter denen sich der Handel entwickelt hat (sehr gut! rechts). Sie können den Handel nicht erschaffen, m. H.

Man wirft den Hansestädten oft Partikularismus vor. Wenn Sie Partikularismus nennen wollen das Widerstreben des Kleinen gegen das Große, dann können Sie die Hansestädte vielleicht des Partikularismus beschuldigen; denn sie haben oft Gelegenheit gehabt, unbillige Anforderungen ihrer Nachbarn zurückzuweisen und sich eines Uebermaßes von Zärtlichkeit derselben zu erwehren. Diese Vorwürfe des Partikularismus möchte ich ein für allemal abthun. In einer Bevölkerung, die der Natur nach beweglich ihre Schule außerhalb des Landes durchmacht, die die besten Jahre ihres Lebens im Auslande zubringt, den täglichen Wechselwirkungen der Welt ausgesetzt ist und von den politischen Ereignissen am meisten berührt wird, ist nicht der Boden zum Partikularismus. Dabei wird man nicht engherzig, man ist vielmehr in der höchsten Gefahr, weitherzig zu werden. Die Deutschen, die im Auslande gelebt haben, werden mehr wie die Inländer, von dem oft beschämenden Gefühl überfallen, das die Folgen des Mangels einer Einheit Deutschlands hervorrufen. Meine Herren! In der richtigen Beurtheilung der großen Ereignisse des letzten Jahres und der Begeisterung über die Erfolge deutscher Einheit sind die Hansestädte ein leuchtendes Vorbild gewesen. Meine Herren! Auch Sie haben ein Interesse daran, die großen Handelsstädte in ihrer Wirksamkeit zu unterstützen und ihren Bestrebungen eine lebhafte Theilnahme zu widmen; denn es ist nöthig, daß wir Alle in gegenseitiger Anstrengung und Gemeinsamkeit zusammenwirken, um uns d.r großen politischen und kommerciellen Stellung Deutschlands würdig zu zeigen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. **Meier** (Bremen): Ich bin ganz entschieden für unveränderte Annahme des Artikels, nicht nur, weil ich es dringend wünsche im Interesse der Hansestädte, sondern auch im Interesse von ganz Deutschland, und wenn es wirklich gegen das Interesse von Deutschland wäre, so würde die Freihafenstellung naturgemäß sehr bald von selbst aufhören. (Sehr wahr!) Der Abg. Wiggers hat in den Motiven gegen die Freihafenstellung hervorgehoben, daß es unmöglich wäre, in den Hansestädten ein Entrepot herzustellen; hierauf will ich nur erwidern, daß in Bremen schon seit 12 Jahren ein solches Entrepot besteht (hört, hört!). Als Hannover und Oldenburg in den Zollverein eintrat und wir nicht, da prophezeihte man uns, daß dies unser Ruin wäre. Nach einer officiellen Schätzung betrug damals das Vermögen von Bremen 80 Millionen Thaler, im Jahre 1863 aber schon 127 Millionen. Das war also der Ruin, den man uns voraussagte. Die freie Entwickelung des Handels ist vor allen Dingen nöthig; die Industrie leidet darunter nicht, sondern wird im Gegentheil dadurch gehoben. Die Hansestädte haben sich emporgeschwungen durch die Freihandelsbewegung, durch Arbeit und Fleiß und durch das Bestreben, unbeengt und unbeschränkt den Verkehr mit Waaren etc. so einzurichten, wie der Konsument es haben will. So hat Bremen im vorigen Jahre 30 Millionen Pfund Reis nach Amerika spedirt, der von Ostindien gekommen war, nachdem man ihn in Bremen verarbeitet hatte. (Ruf: Also verarbeitet! Heiterkeit.) Lassen Sie uns die freie Bewegung, meine Herren; Sie werden sehen, daß wir in Ihrem Dienste Ihnen gute Dienste leisten werden; Sie werden finden, daß es in Ihrem Interesse ist, uns die freie Bewegung zu lassen. (Beifall.)

Der Antrag auf Schluß wird angenommen und Art. 31 unverändert angenommen.

Art. 32. „Der Bund ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des Verbrauchs von einheimischem Zucker, Branntwein, Salz, Bier und Taback, sowie über die Maßregeln, welche in den Zollausschlüssen zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich sind.“

Art. 33. „Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern (Art. 32.) bleibt jedem Bundesstaate, soweit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebietes überlassen. Das Bundespräsidium überwacht die Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens durch Bundesbeamte, welche es den Zoll- oder Steuerämtern und den Direktivbehörden der einzelnen Staaten, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen, beiordnet,“ und

Art. 34. „Der Bundesrath beschließt: 1) über die dem Reichstage vorzulegenden oder von demselben angenommenen unter die Bestimmung des Art. 32. fallenden gesetzlichen Anordnungen einschließlich der Handels- und Schifffahrts-Verträge; 2) über die zur Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 32.) dienenden Verwaltungs-Vorschriften und Einrichtungen; 3) über Mängel, welche bei der Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 32.) hervortreten; 4) über die von seiner Rechnungs-Behörde ihm vorgelegte schließliche Feststellung der in die Bundeskasse fließenden Abgaben (Art. 36). Jeder über die Gegenstände zu 1 bis 3 von einem Bundesstaate oder über die Gegenstände zu 3 von einem kontrolirenden Beamten bei dem Bundesrathe gestellte Antrag unterliegt der gemeinschaftlichen Beschlußnahme. Im Falle der Meinungsverschiedenheit giebt die Stimme des Präsidiums bei den zu 1 und 2 bezeichneten alsdann den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechthaltung der bestehenden Vorschrift oder Einrichtung ausspricht, in allen übrigen Fällen entscheidet die Mehrheit der Stimmen nach dem in Art. 6. dieser Verfassung festgestellten Stimmverhältniß,“ werden ohne Debatte angenommen.

Art. 35 lautet: „Der Ertrag der Zölle und der in Art. 32 bezeichneten Verbrauchsabgaben fließt in die Bundeskasse. Dieser Ertrag besteht aus der gesammten von den Zöllen und Verbrauchsabgaben aufgekommenen Einnahme nach Abzug:

1) der auf Gesetzen oder allgemeinen Verwaltungs-Vorschriften beruhenden Steuervergütigungen und Ermäßigungen; 2) der Erhebungs- und Verwaltungskosten, und zwar a) bei den Zöllen und der Steuer von inländischem Zucker, so weit diese Kosten nach den Verabredungen unter den Mitgliedern des deutschen Zoll- und Handelsvereins der Gemeinschaft aufgerechnet werden konnten, b) bei den übrigen Steuern mit 15 Prozent der Gesammteinnahme. — Die außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze liegenden Gebiete tragen zu den Bundesausgaben durch Zahlung eines Aversums bei.“

Zu diesem Artikel liegen mehrere Abänderungsanträge vor, darunter einer des Abg. Michaelis (Ueckermünde) „im Artikel 35 zwischen Alinea a. und b. einzuschalten: b) bei der Steuer von inländischem Salze — sobald solche, sowie ein Zoll von ausländischem Salze unter Aufhebung des Salzmonopols eingeführt sein wird — mit dem Betrage der auf Salzwerken erwachsenden Erhebungs- und Aufsichtskosten, und das Alinea b. mit c. zu bezeichnen.“

Nachdem dasselbe vom Bundeskommissar Ministerialdirektor Delbrück zur Annahme empfohlen, wird dasselbe und sodann Art. 35 mit diesem Amendement fast einstimmig angenommen.

Art. 36, betr. das Verfahren bei der Erhebung der betr. Steuern, und Art. 37, betr. die Bestimmungen der Zollvereinsverträge werden darauf ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Generaldebatte über Abschnitt VII. (Eisenbahnwesen) Art. 38—44. Derselbe lautet:

Art. 38. Eisenbahnen, welche im Interesse der Vertheidigung des Bundesgebiets oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für nothwendig erachtet werden, können kraft eines Bundesgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, unbeschadet der Landeshoheitsrechte, für Rechnung des Bundes angelegt oder an Privat-Unternehmer zur Ausführung konzessionirt werden.

Jede bestehende Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, sich den Anschluß neu angelegter Eisenbahnen auf Kosten der letzteren gefallen zu lassen.

Art. 39. Die Bundesregierungen verpflichten sich, die im Bundesgebiete belegenen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten und zu diesem Behuf auch die neuherzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten zu lassen.

Art. 40. Es sollen demgemäß in thunlichster Beschleunigung gleiche Betriebs-Einrichtungen getroffen, insbesondere gleiche Bahnpolizei und Betriebs-Reglements für Personen- und Gütertransport eingeführt werden. Der Bund hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahn-Verwaltungen die Bahnen jederzeit in einem, die nöthige Sicherheit gewährenden baulichen Zustande erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsbedürfniß es erheischt.

Art. 41. Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, die nöthigen Personen- und Güterzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit einzuführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr unter Gestattung des Ueberganges der Transportmittel von einer Bahn auf die andere, gegen die übliche Vergütigung einzurichten.

Art. 42. Dem Bunde steht die Kontrole der Tarife zu. Er wird dieselbe ausüben zu dem Zwecke, die Gleichmäßigkeit und möglichste Herabsetzung derselben zu erreichen, insbesondere für den Transport von Kohlen, Koaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen einen dem Bedürfniß der Landwirthschaft und der Industrie entsprechenden ermäßigten Tarif für größere Entfernungen nnd schließlich den Ein-Pfennig-Tarif für Centner und Meile im ganzen Bundesgebiete einzuführen.

Art. 43. Bei eintretenden Nothständen, insbesondere bei ungewöhnlicher Theuerung der Lebensmittel sind die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet, für den Transport, namentlich von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten und Kartoffeln zeitweise einen dem Bedürfniß entsprechenden, von dem Bundespräsidium auf Vorschlag des betreffenden Bundesraths-Ausschusses festzustellenden niedrigen Special-Tarif einzuführen.

Art. 44. Den Anforderungen der Bundesbehörden in Betreff der Benutzung der Eisenbahnen zum Zweck der Vertheidigung des Bundesgebiets haben sämmtliche Eisenbahnverwaltungen unweigerlich Folge zu leisten. Insbesondere ist das Militär und alles Kriegsmaterial zu gleichen ermäßigten Sätzen zu befördern.

Von den Abgg. **Michaelis** und Genossen sind dazu folgende Amendements gestellt:

1) In dem Art. 38 am Schluß des ersten Alinea hinter „konzessionirt“ einzuschalten: „und mit dem Expropriationsrechte ausgestattet“.

2) Dem Art. 38. folgenden Zusatz hinzuzufügen: Die gesetzlichen Bestimmungen, welche bestehenden Eisenbahn-Unternehmungen ein Widerspruchsrecht gegen die Anlegung von Parallel- oder Konkurrenzbahnen einräumen, werden, unbeschadet bereits erworbener Rechte, für das ganze Bundesgebiet hierdurch aufgehoben. Ein solches Widerspruchsrecht kann auch in den künftig zu ertheilenden Konzessionen nicht weiter verliehen werden.

3) Statt des Art. 40. zu setzen: „Es sollen demgemäß in thunlichster Beschleunigung übereinstimmende Betriebs-Einrichtungen getroffen, insbesondere gleiche Bahn-Polizei-Reglements eingeführt werden. Der Bund hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bahnen jederzeit in einem die nöthige Sicherheit gewährenden baulichen Zustande erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsverhältniß es erheischt.“

4) Statt des Art. 41 zu setzen: „Die Eisenbahn-Verwaltungen sind verpflichtet, die für den durchgehenden Verkehr und zur Herstellung ineinandergreifender Fahrpläne nöthigen Personenzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit, desgleichen die zur Bewältigung des Güterverkehrs nöthigen Güterzüge einzuführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr, unter Gestattung des Uebergangs der Transportmitte von einer Bahn auf die andere gegen die übliche Vergütung einzurichten.“

5) Statt des Art. 42 nachstehendem Artikel zuzustimmen: „Dem Bunde steht die Oberaufsicht über sämmtliche Eisenbahnen des Bundesgebiets, insbesondere die Kontrole über das Tarifwesen zu. Derselbe wird in Ausübung dieser Befugnisse namentlich dahin wirken:

1. daß baldigst auf den Eisenbahnen im Gebiete des Bundes übereinstimmende Betriebsreglements eingeführt werden. 2. daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt, insbesondere daß bei größeren Entfernungen für den Transpoat von Kohlen, Koaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen, ein dem Bedürfniß der Landwirthschaft und Industrie entsprechender ermäßigter Tarif, und zwar zunächst thunlichst der Einpfennig-Tarif eingeführt werde.“

6) Dem Artikel 43 am Schluß folgenden Zusatz hinzuzufügen: „welcher jedoch nicht unter den niedrigsten auf der betreffenden Bahn für Rohprodukte geltenden Satz herabgehen darf.“

Abg. Michaelis motivirt die von ihm gestellten Amendements, die Unter-

(Fortsetzung in der Beilage.)

zeichner der Amendements sind von dem Streben ausgegangen, der Centralisation so viel zu geben, wie im Interesse des Staates nothwendig ist und der Selbstverwaltung alles das zu belassen, was für das Wachsthum des Eisenbahnnetzes unentbehrlich ist. Die Beschlüsse, welche aus den Berathungen von Männern aller Parteien hervorgegangen sind, beruhen auf Kompromissen; kein Princip ist bis zum Extrem durchgeführt, sondern man hat sich darauf beschränkt, die Vorlage so herzustellen, wie sie dem Reichstag und den Bundesregierungen annehmbar sein möchten.

Es folgt die Specialdiskussion.

Art. 38 mit dem Amendement Michaelis wird fast einstimmig angenommen; ebenso Art. 39; statt der Art. 40 und 41 wird gleichfalls das Amendement Michaelis angenommen.

Zu Art. 42 nimmt das Wort Reichstags-Kommissar Delbrück: Die Anträge Michaelis, welche Sie bisher angenommen haben, sind der Art, daß die preußische Regierung sie den verbündeten Regierungen zur Annahme empfehlen kann; nicht so ist es mit dem Amendement zu Art. 42. Indem der Antrag dem Bunde die Oberaufsicht über alle Bahnen gewähren will, geht er über das Maß hinaus, welches von den verbündeten Regierungen bei den Befugnissen des Bundes eingehalten worden ist. Ich bitte Sie deshalb, dasselbe abzulehnen.

Abg. Miquel: Durch den Entwurf ist dem Bunde die „Kontrolle der Tarife" eingeräumt, durch das Amendement Michaelis das „Oberaufsichtsrecht." Ich bin nun allerdings der Ansicht, daß die Regelung der Tarife nicht allein der Konkurrenz überlassen werden darf. So sehr nun eine Einwirkung der Regierung hierbei wünschenswerth ist, so nothwendig ist es, darüber klar zu werden, welche Befugnisse unter Oberaufsichtsrecht und Kontrolle verstanden werden. Denn nichts ist gefährlicher, als der Regierung ein Oberaufsichtsrecht einzuräumen, das keinen Anhalt hat, denn hierdurch wird die Regierung zu leicht bewogen, auf Nebenwegen, Chikanen 2c. ihren Zweck zu erreichen. Dies ruft aber leicht Mißstimmung hervor, ist entwürdigend für die Stellung der Regierung und bringt Gefahren für die Rechtssicherheit mit sich. Das Kapital wird dadurch abgeschreckt und andern Industriezweigen zugewandt. Ich möchte deshalb gern eine Erklärung vom Herrn Regierungskommissar darüber haben, was die Regierung unter Kontrolle, was unter Oberaufsichtsrecht versteht und wie es geltend gemacht werden soll.

Reichstags-Kommissar Delbrück: Einer Interpretation des Wortes „Oberaufsichtsrecht" glaube ich mich enthalten zu dürfen, da dasselbe im Entwurfe nicht in Aussicht genommen ist. In Aussicht genommen ist nur die Kontrolle der Tarife und diese soll ausgeübt werden durch einen Ausschuß des Bundesraths. Dieser soll von den Tarifen Kenntniß nehmen und wenn es ihm geeignet erscheint, die betheiligten Regierungen zu einer Einwirkung in den gesetzlichen Schranken auf die Eisenbahnen im Sinne des Art. 42 veranlassen.

Abg. v. Vincke (Hagen) stellt zum Amendement Michaelis das Sousamendement: die Worte: von „Oberaufsicht" bis „insbesondere" zu streichen, und ebenso die Worte „in Ausübung dieser Befugnisse" auszulassen.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Dr. Harnier, Michaelis, v. Gerber und v. Vincke (Hagen) betheiligen, wird, nachdem sich Reichstags-Kommissar Delbrück mit dem Amendement Vincke einverstanden erklärt hat, das Amendement Michaelis mit dem Unteramendement Vincke angenommen.

Es folgt Art. 44.

Abg. Evans: Durch die bisherigen Beschlüsse sind Sie dem Publikum gerecht geworden; jetzt ist es auch Zeit, den Eisenbahn-Verwaltungen gerecht zu werden; ich beantrage deshalb, hinter dem Worte „Kriegsmaterial" einzuschalten: „bei Kriegsgefahr."

Abg. Reichenheim: Das Amendement Evans scheint hervorgerufen zu sein durch die Unklarheit der Ausdrücke des §. 44. „bei gleichen ermäßigten Sätzen." Ich möchte den Herrn Regierungskommissar fragen, was das heißen soll?

Bundeskommissar Delbrück: Mit diesen Worten soll gesagt sein, daß die Beförderung auf sämmtlichen Eisenbahnen zu gleichen Sätzen erfolgen soll.

Das Amendement Evans wird darauf abgelehnt und Art. 44 unverändert angenommen.

Abschnitt VII, ist damit erledigt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Der Referent der 5. Abtheilung, Abg. Persius, berichtet über die Wahl des Abg. Brons (Emden); derselbe ist im 1. hannoverschen Wahlbezirke gewählt mit nur 13 Stimmen gegen die absolute Majorität. Es liegen 3 Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl vor, von denen die Abtheilung 2 für unerheblich erachtet hat; der dritte dagegen, welcher behauptet, daß bei den Wahlen auf der Insel Walken 17 Stimmen zu Gunsten des Konsul Brons gefälscht seien, ist geeignet, das Resultat der Wahl zu alteriren, und beantragt die Abtheilung daher, die Wahl des Abg. Brons zu beanstanden und über die in den betreffen Protesten behaupteten Unregelmäßigkeiten nähere Erhebungen zu veranstalten.

Abg. Schöning beantragt mit Rücksicht darauf, daß laut Ausweis der Akten in verschiedenen anderen Orten im Ganzen 9 Stimmen, die für den Abg. Brons abgegeben waren, mit Unrecht für ungültig erklärt worden sind, daß also hiernach auch nach Abzug jener 17 Stimmen das Resultat dasselbe bleibe, die Wahl des Abg. Brons für gültig zu erklären.

Nachdem sich die Abg. Dr. v. Wächter und v. Rabenau für, Abg. v. Vincke (Hagen) gegen den Antrag der Abtheilung erklärt haben, wird dieser abgelehnt und der Antrag des Abg. v. Schöning angenommen.

Die Anträge der Referenten der 6. und 7. Abtheilung werden ohne Widerspruch genehmigt.

Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. T.-O. General- und Spezialdebatte über die Abschnitte 8, 9 und 10 des Verfassungs-Entwurfs.

Im Hause ist die Meinung verbreitet, daß die Schlußberathung bis zum Osterfest zu Ende gebracht ist und der Reichstag geschlossen wird.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 2. April. [Die Posen-Märkische Eisenbahn] ist nunmehr durch Se. Majestät nach zuverlässiger amtlich eingegangener Nachricht konzessionirt worden, wobei die Sicherheit des plazirten Aktienkapitales als Bedingung vorausgesetzt wird.

Die Konzession erlischt nach Lage der Gesetze und des Statutes sobald die Bedingungen der Konzession nicht erfüllt werden.

Bei dieser einfachen und klaren Sachlage ist die Zurücknahme der von den Kommunen, Kreisen und Privaten geleisteten Zeichnungen zwar vollkommen gesetzlich zuläßig, wenn diese Zeichnungen an einen Terminus ad quem, wie in der Stadt Posen gebunden waren oder wegen formeller Rechtsmängel der Erklärung einen Vorwand zum Rücktritt gewähren, wie dies bei mehreren Kreiskorporationen und Privaten der Fall sein wird.

Ob aber die Zurücknahme dieser Zeichnungen dem Interesse der betheiligten Kommunen, Korporationen und Privaten entspricht, jetzt, wo das Unternehmen nach jahrelanger Arbeit zur Ausführung kommen muß, wenn es die Betheiligten nicht selbst aufgeben, kann nur dahin beantwortet werden, daß heute in verstärktem Maße alle die Gründe eigenen Vortheiles vorliegen, welche die betreff. Kommunen 2c. bewogen, das Unternehmen in seinem ersten Stadium durch die Uebernahme eines Theiles des Aktienkapitales zu ermöglichen.

Nichts ist trüglicher als die Annahme, daß das Unternehmen dennoch zu Stande kommen werde, wenn einzelne bedeutende Zeichner von ihrem formellen Rechte Gebrauch machten, ihre Zeichnung ganz oder dergestalt zurückzuziehen, daß solche für das Gründerkomité unannehmbar wird.

So liegt die Sache namentlich für die Stadtkommune Posen, welche an dem Zustandekommen des Unternehmens das Hauptinteresse besitzt:

1) weil die Stadt dadurch Knotenpunkt eines großartigen Bahnsystems in der Richtung auf Berlin, Leipzig und Frankfurt a. M. wird,
2) weil durch die Herstellung der Märkisch-Posener Bahn die für die Stadt Posen hochwichtigen Linien Thorn-Bromberg-Posen u. Warschau-Slupce-Posen ausführbar und wesentlich erleichtert werden.

Die Vertreter der Stadt Posen mögen deshalb die Folgen einer unbedingten oder bedingten Zurückziehung der Zeichnung von 120,000 Thlr. welche ihnen von einzelnen Stadtverordneten in vollkommenster Verkennung der wirklichen Sachlage gerathen wird, wohl in Erwägung ziehen!

Es liegen zuverlässige Nachrichten vor, daß dem Beispiele der Stadt Posen noch andere Kommunen, Kreiskorporationen und Private folgen würden und damit dem Unternehmen nicht nur die 120,000 Thlr. Aktien der Stadt Posen, sondern auch die Aktienzeichnungen im Kreise Buk mit 400,000 Thlr., im Kreise Meseritz mit 100,000 Thlr, im Kreise Bomst mit 100,000 Thlr. und weitere gleich große Summen in den märkischen Kreisen und in der Stadt Frankfurt a. d. Oder ganz oder theilweise verloren gehen würden. Alle diese Aktienzeichnungen bieten nach genauer Prüfung der Zeichnungs-Erklärungen Anhaltspunkte dar, sich von der im eigenen Interesse übernommenen Verpflichtung los zu machen, oder doch durch den Versuch dazu, das Unternehmen von Neuem in Frage zu stellen, mindestens aber von Neuem zu verzögern. Die Verweigerung der 120,000 Thlr. Aktienzeichnung Seitens der Stadt Posen, welcher die Zusicherung der Zeichnung unter neuen, den übrigen Korporationen und ersten Zeichnern nicht gleichmäßig in Aussicht zu stellenden Bedingungen in der Wirkung vollkommen gleichsteht, wird das Signal zu einer allgemeinen Zurücknahme der von den Korporationen beschlossenen Unterstützungen in Aktien zum Parikurse und in Gewährung des Bahnterrains geben. Dem Unternehmen könnte dadurch incl. des von den Kreisen bedingungsweise versprochenen Bahnterrains leicht 3–4 Millionen Werth entzogen werden. Es ist demnach eine dringende Pflicht der Stadtbehörde zu Posen, ihre früher übernommene Aktienbetheiligung von 120,000 Thlr. ohne jegliche erschwerende Bedingung pure aufrecht zu erhalten!

— [Zur Wasserleitung] Eine der ausführlichsten Privat-Wasserleitungen, wie sie Posen bisher noch nicht aufzuweisen hatte, wird von der hiesigen Schneider'schen Fabrik für Wasserleitung im Grundstücke des Herrn Kommerzienraths Bielefeld auf dem Graben eingerichtet. Es will uns aber nicht gefallen, daß der Grubeninhalt mittelst der Wasserleitung in den Graben gespült werden soll.

Von öffentlichen Gebäuden werden jetzt das Marien-Gymnasium und das Steuergebäude mit der Wasserleitung versehen.

— [Das Wasser der Warthe) steigt seit einigen Tagen wieder ganz enorm. Es war schon bis auf 4 Fuß gefallen; heute steht es auf 8 Fuß 8 Zoll und ist seit gestern um 8 Zoll gestiegen. Beide Uebergänge des Berdychowoer Dammes sind bereits wieder überfluthet.

— [Florentiner Quartett-Verein.] Ueber ein von demselben am 21. vor. Mts. in Berlin gegebenes Konzert sagt die „Neue Berliner Musik-Ztg." u. A: Abgesehen von dem Eindrucke, den der schöne, gleichmäßig volle Ton sämmtlicher italienischer Instrumente unter den Händen der Künstler machte, gewährt ihnen das Zusammenspiel aus einem Gusse, die Reinheit, die Präcision, Durchsichtigkeit und Klarheit in der Ausführung, neben eben so tiefer Auffassung im Adagio, als wahrhaft humoristisch in dem Mendelssohn'schen Scherzo und im Finale des Quartetts das vollste Recht, dem früheren Quartett der älteren Gebrüder Müller, wie dem der jüngeren uns dem französischen als vollkommen ebenbürtig zur Seite gestellt zu werden.

— Die in der Sonnabend-Nummer d. Ztg. enthaltene Notiz über den Ankauf eines hier auf St. Martin belegenen Grundstücks durch Herrn von Tempelhoff-Dąbrowka, entbehrt, wie uns zuverlässig mitgetheilt wird, aller Begründung.

— [Gegen unreellen Kredit.] In Folge einer Aufforderung in dieser Zeitung hatte sich vor einigen Tagen eine Anzahl hiesiger Kaufleute und Gewerbtreibender im Odeum-Saale versammelt, behufs Gründung eines Vereins, dessen Zweck darin bestehen soll, seine Mitglieder gegen solche Personen zu schützen, die auf unreellem Wege Kredit suchen oder notorisch zahlungsunfähig sind. Den Zweck des zu gründenden Vereins billigten die Anwesenden fast allgemein, doch wurden über Mittel und Wege zur Erreichung desselben sehr verschiedene Meinungen kund und da noch gar kein Entwurf vorlag, so ernannte die Versammlung eine Kommission, aus 14 Personen bestehend, die einen derartigen Entwurf vereinbaren und denselben einer bis zum 15. April c. neu zu berufenden Versammlung vorlegen soll. Die Kommission versammelt sich zur ersten Berathung heut Abend in Tilsner's Hotel garni.

— [Schlägerei.] Zwei polnische Kutscher von verschiedenen Herrschaften geriethen vorgestern um 9 Uhr Abends mit einander in Streit, der dahin ausartete, daß der Kutscher W. seinem Gegner S. zuerst einen Faustschlag versetzte, dann aber ein Terzerol unter dem Rocke hervorzog, dasselbe am Lauf faßte und mit dem Hahn auf den S. losschlug. Der wehrlose S. erhielt dadurch 3 Löcher in den Kopf und 2 Wunden grade unter einem Auge, so daß das Gesicht ganz mit Blut bedeckt war. Die ärztliche Untersuchung hat die Wunden als nicht ungefährlich ergeben.

† Adelnauer Kreis, 28. März. [Mißhandlung; Chaussee; Grundsteuer-Remission.] In verflossener Woche wurde der achtjährige Sohn eines Bäckergesellen in Ostrowo, als er, nach Schnaps geschickt, das Malheur hatte, die Flasche zu zerschlagen, dermaßen von den Rabeneltern gemißhandelt, daß er nach dem städtischen Lazareth gebracht werden mußte, woselbst er in wenigen Stunden unter unsäglichen Schmerzen verschied. Die gerichtliche Sektion hat ergeben, daß der Knabe nicht allein in Folge der erlittenen Mißhandlung, sondern auch vor Hunger verstarb. Die Eltern sind bereits gefänglich eingezogen. — Die Abgabe der Ostrowo-Grabower Kreis-Chaussee an die Provinz soll nächstens stattfinden. Die Chaussee ist bereits dem Verkehr übergeben. — Unter Hinweis auf §. 52 des Gesetzes vom 8. Februar 1867: „Ansprüche auf Erlaß oder Ersatz der Grundsteuer aus Anlaß von Beschädigungen der Feldfrüchte durch außerordentliche Naturereignisse, Brand 2c. finden gegen die Staatskasse nicht statt" — werden durch das Kreiswochenblatt die Inhaber selbstständiger Besitzungen darauf aufmerksam gemacht, sich mehr, als bisher geschehen, durch Versicherung gegen Verlust bei Naturereignissen 2c. zu schützen.

k Buk, 29. März. [Todesfall.] Am Mittwoch wurde auf dem Dobieczyner Felde bei Buk die Leiche des Wirths Bartkowiak aus Sęczynko gefunden. B. war in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch mit seinem Fuhrwerk, vom Jahrmarkt zu Stenszewo kommend, auf der Poststraße von Stenszewo nach Buk im Morast stecken geblieben und scheint es, daß er zu Fuß einen Seitenweg nach Dobieczyn eingeschlagen hat, um bei seinem dortigen Schwager Hülfe nachzusuchen, und mag so, ohne Dobieczyn erreicht zu haben, seinen Tod gefunden haben.

† Adelnauer Kreis, 31. März. [Unglücksfälle.] Der Wirth Paul Michalak zu Kwiatkow, unseres Kreises, wurde in der Nacht vom 22. zum 23. d. Mts. in einem Nachbarbrunnen todt vorgefunden. M. litt am hitzigen Nervenfieber und hatte, als seine Ehefrau schlief, unbewacht, das Haus verlassen und war im Irrsinn entweder in den Bruunnen gefallen oder gesprungen.

In verflossener Woche kam in den Krug zu Jankow zal. eine bejahrte Bettlerin um Almosen zu erbitten. Nachdem sie, niedergekniet, gebetet hatte, wollte ihr der Krüger eine Gabe verabreichen. Aber wie erschrak er, als die Bettlerin von ihm berührt umfiel und er eine Leiche vor sich hatte; der Schlag hatte sie plötzlich gerührt.

r Wollstein, 31. März. [Vorschußverein.] Gestern fand unter sehr zahlreicher Betheiligung der Vereinsmitglieder die erste Generalversammlung des hiesigen Vorschußvereins für das laufende Jahr statt. In derselben stattete zuvörderst der Kassirer des Vereins, Inspektor Eiswald, den Rechenschaftsbericht ab. Nach demselben beträgt die Einnahme pro 1. Quartal c. 5913 Thlr. 19 Sgr. Hierzu tritt der am 1. Januar c. verbliebene Bestand mit 749 Thlr. 24 Sgr. 3 Pf., dies ergiebt im Ganzen 6663 Thlr. 13 Sgr. 3 Pf. Die Ausgabe beträgt 6650 Thlr. 1 Sgr. 4 Pf.; mithin ist ein Bestand vorhanden von: 13 Thlr. 11 Sgr. 11 Pf. Die Zahl der Vereinsmitglieder ist auf 295 gestiegen. Die Versammlung autorisirte den Vorstand, erforderlichen Falles im nächstfolgenden Quartal einen Kredit bis in Höhe von 8000 Thlr. aufzunehmen.

§ Bromberg, 29. März. [Torf; Ausstellung; Bureaux.] In Folge der nassen Witterung, die wir im Februar gehabt, ist vielen Besitzern von Torfgründen ein großer Schaden erwachsen, denn, abgesehen davon, daß der Torf in vielen Fällen selbst ganz naß und fast unbrauchbar geworden, konnte man auch gar nicht einmal auf den Wiesenwegen zu den Torfhaufen gelangen. Die Wege waren und sind zum Theil noch, wie mir viele Besitzer aus der Nachbarschaft erzählt, völlig unpassirbar. Da gewissermaßen ein Mangel an diesem Brennmaterial eingetreten, so wird jetzt schon die Klafter davon um 1 Thlr. 10–15 Sgr. theurer bezahlt, also statt 4 Thlr. mit 5 Thlr. 10–15 Sgr. — Da in unserer Umgegend sehr viel Torf in der Erde steckt, immer aber verhältnißmäßig nur wenig gegraben oder mittelst einer Torfstechmaschine gestochen werden kann, weil der Torf nur schwer trocknet, so sinnen einzelne spekulative Besitzer auf Mittel, den gestochenen Torf in anderer Weise als bisher, nämlich auf künstlichem Wege, d. h. natürlich auch schneller zu trocknen und brauchbar zu machen. Sie haben sich in Folge dessen auch schon an verschiedene Techniker gewendet, sind jedoch, wie ich heute erfahren, noch zu keinem günstigen Resultate gekommen; ich bin deshalb ausdrücklich ersucht worden, diesen Gegenstand einmal, wie geschehen, in Ihrer Zeitung, die namentlich auch außerhalb der Provinz Posen viel gelesen wird, anzuregen.

Die vor einigen Monaten von dem hiesigen landwirthschaftlichen Kreisvereine beschlossene Viehausstellung im Mai c. wird aller Wahrscheinlichkeit nach unterbleiben, da nach der Mittheilung des Vorsitzenden im landwirthschaftlichen Vereine in der letzten Sitzung vom 20. d. Mts. nur drei Anmeldungen von Ausstellern eingegangen waren. — Die Bureauarbeiten auf dem hiesigen Rathhause haben sich in der letzten Zeit so vermehrt, daß jetzt sogar die Wohnung des Oberbürgermeisters zu Bureaux eingerichtet wird. Der Oberbürgermeister bezieht eine andere Wohnung in der Stadt, wofür ihm Seitens der Stadtverordneten eine Entschädigung von 300 Thlr. jährlich bewilligt worden. Die Stadtverordnetenversammlungen, welche früher im Rathhause abgehalten wurden, finden auch schon seit längerer Zeit im Schulsaale der Bürgerschule statt, weil auf dem Rathhause kein Saal mehr existirt.

Telegramm.

Konstantinopel, 1. April. Die Seitens Frankreichs durch eine formulirte Note, Seitens Oestreichs, Rußlands, Preußens und Italiens durch ihre Gesandte einzeln mündlich gemachten Vorschläge wegen Abtretung Kandias lehnte die Pforte auf das Entschiedenste ab.

Angekommene Fremde
vom 2. April.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer Graf Grabowski aus Schlesien, Lieutenant Satti aus Posen, Hotelier Schurtz aus Koblenz, Weinhändler Becker aus Berlin, Rentier Kimmel aus Deutz, Direktor Wieprecht aus Frankfurt a. M.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Thiede aus Leipzig, Reinisch aus Gnesen, Morgenstern aus Breslau, Lagerström aus Hamburg, Jakel aus Minden, Hauff und Oekonom Benecke aus Berlin, Assistent Wilke aus Inowraclaw.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Walz aus Gora, Frau Kennemann aus Klenka, Ramke aus Choczeszewo, Baronin v. Winterfeld nebst Tochter aus Mur. Goslin und v. Zawadzky aus Wiesau, Fabrikbesitzer Zelasko aus Kowanowko, Kaufmann Liebert und Student Neuendorff aus Berlin, Landräthin Frau Gläser aus Schroda, Ger.-Assessor Hesne aus Bromberg, Oberlehrer Rietschel aus Posen.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer Hardenack aus Lubowiczki nud v. Sulikowski aus Biernatki, Inspektor Dörffer aus Punitz, Bürger Chelmikowski aus Schroda, Kaufmann Israel aus Pinne.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Kni-

szyn, Frau v. Matecka aus Grab, v. Treskow aus Owinsk und Ossowicki nebst Frau aus Witoslaw, Maschinenfabrikant Maybaum aus Berlin, die Kaufleute Lehmann aus Guben und Wolff aus Töplitz.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Jäger aus Paris, Wittkowski und Rusalla aus Berlin, die Rittergutsbesitzer v. Zacha aus Neutomysl, Döllen aus Polskawies, Rolin und Matthes aus Gowarzewo.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Heynich nebst Frau aus Dalki, Petrik aus Chyby, Heickerodt aus Plawce, Müller aus Dziechowo, Heickerodt aus Zabikowo und Jaraczewski aus Kopaczyna, Major v. Bojan aus Breslau, Hauptmann Moritz aus Schrimm, Landwirth Sobierayski aus Welna, Bürger v. Blociszewski nebst Schwester aus Sobiestownie, die Kaufleute v. Kąsinowski aus Schokken, v. Piątkowski aus Wollstein, Busch aus Lohne, Silberstein aus Santomysl und Hartmann nebst Sohn aus Wronke, Ober-Steuer-Kontroleur Prodehl aus Pogorzelice, Rektor Schmidt aus Wollstein.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Karsnicki aus Mystki und Koszutski aus Wargowo, Agronom Boito aus Mystki.

HOTEL DE PARIS. Die Bürgerfrauen Dzierzanowska aus Skoki und Wilczynska aus Xions, die Pröbste Szulczynski aus Pogorzelice, Krępée und Eigenthümer Niklewicz aus Marzenie.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Koosen aus Crefeld, Guttmann aus Grätz, Witkowski aus Trzemeszno, Manheim aus Tirschtiegel, Davidsohn aus Gnesen und Frau Lask nebst Tochter aus Peisern, Fabrikbesitzer Buchholz u. Tuchfabrikant Krette a. Spremberg.

EICHBORN'S HOTEL. Inspektor Dräger aus Witkowo, pens. Exekutor Galle aus Wollstein.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Pfänder-Auslösung und Versteigerung.

Sonnabend den 27. April d. J. ist der letzte Termin zur Auslösung der vom 2. Oktober 1865 bis ultimo März 1866 versetzten Pfänder, und zwar von:

Nr. 16,803. bis 19,359. und von
Nr. 1. bis incl. 2820.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags ausgelöst werden.

Hierauf

Montag den 29. April d. J.

öffentliche Versteigerung im Lokale der Pfandleih-Anstalt, Schulstraße Nr. 10.

Posen, den 24. Januar 1867.

Der Magistrat.

Handels-Register.

Zufolge Verfügung vom 30. März ist am 1. April d. J. in unser Gesellschafts-Register eingetragen:

bei Nr. 25. Die Aktien-Gesellschaft, Firma: Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen in Posen ist, da die Zeit des Gesellschaftsvertrags mit dem 15. März d. J. abgelaufen, aufgelöst und erloschen;

unter Nr. 109.

Firma der Gesellschaft:

Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen.

Sitz der Gesellschaft:

Posen.

Rechtsverhältnisse der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine Aktien-Gesellschaft zum Betriebe des Bankgeschäfts.

Sie hat am 16. März 1867 begonnen und endet am 16. März 1882. Ihr Grundkapital besteht aus einer Million Thaler, getheilt in Zweitausend auf Namen gestellte Aktien, jede von Fünfhundert Thalern.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Staats-Anzeiger und durch die Posener Zeitung.

Der Vorstand besteht aus dem vollziehenden Direktor der Bank, **Karl Hill** — dessen Stellvertreter der Rendant der Bank, **Karl Eckert** — und außerdem für die Zeit vom 16. März 1867 bis zum 1. August 1867 aus den Kaufleuten **Ludwig Annuß** und **Samuel Jaffe**, für die Zeit vom 1. August 1867 bis 1. Dezember 1867 aus dem Geheimen Regierungsrath **August Gebauer** und dem Kommerzien-Rath **August Herrmann**, und für die Zeit vom 1. Dezember 1867 bis zum 1. April 1868 aus dem Gutsbesitzer **Hans Karl von Winterfeld** und dem Kaufmann **Julius Briske** — sämmtlich zu Posen.

Der Gesellschaftsvertrag vom 3. Februar 1867 und die denselben genehmigende Allerhöchste Kabinetsordre vom 25. Februar 1867 sind in der Gesetzsammlung pr. 1867 Seite 281 folg. und Nr. 12. des Anzeigers des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Posen abgedruckt.

Posen, den 30. März 1867.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Zu dem Konkurse über das Vermögen des Gutsbesitzers **Herrmann Nernst** zu **Gruszczyn** hat die Handlung **Metz & Comp.** zu **Berlin** nachträglich eine Forderung von 22 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. nebst 6 Proz. Zinsen seit dem 1. Juni 1864 angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist

auf den 11. April d. J.
Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminszimmer Nr. 13. anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Posen, den 23. März 1867.

Königliches Kreisgericht.
Der Kommissar des Konkurses.
Gaebler.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Schneidermeisters **S. Eilenberg** zu **Pleschen** ist zur Erklärung über die Entschuldbarkeit des Gemeinschuldners, sowie zur Rechnungslegung Seitens des Konkursverwalters, Kaufmanns **Musielewicz**, ein Termin

auf den 10. April 1867
Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar in unserem Gerichtslokale zu Pleschen anberaumt worden, wovon die Betheiligten benachrichtigt werden.

Pleschen, den 20. März 1867.

Königliches Kreisgericht I.
Der Kommissar des Konkurses.
Buttmann.

Nothwendiger Verkauf

Königliches Kreisgericht zu Lissa,
den 26. März 1867.

Das den Rechtsanwalt **Johann Stiebler**schen Erben gehörige, in der Stadt **Lissa** sub Nr. 503. belegene Grundstück, abgeschätzt auf 5317 Thlr. 13 Sgr. 9 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 8. Oktober 1867
Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch beim Subhastations-Gerichte anzumelden.

Proclama.

Der Kaufmann **B. Baruch** zu **Schwersenz** hat bei dem unterzeichneten Gericht das Aufgebot nachstehender, vom **Wawrzyn Klimiński** ausgestellter, angeblich verlorener eigener Wechsel:

1) de dato Schwersenz den 15. April 1866 über 20 Thlr. per 15. August ej. a. auf **Julius Katz** von demselben in blanco girirt;
2) de dato Schwersenz den 6. Juli 1866 über 18 Thlr. per 24. August ej. a. auf **B. Baruch**;
3) de dato Schwersenz den 6. Juli 1866 über 33 Thlr. per 24. August ej. a. auf **B. Baruch**;
4) de dato Schwersenz den 27. März 1866 über 5 Thlr. 10 Sgr. per 28. September ej. a. auf **B. Baruch**

beantragt. Die unbekannten Inhaber derselben werden aufgefordert, die Wechsel spätestens

bis zum 1. Mai d. J.

dem unterzeichneten Gericht einzureichen, widrigenfalls die Wechsel für kraftlos erklärt werden.

Schroda, den 15. März 1867.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Proklama.

Kupiec **B. Baruch** w **Swarzędzu** wniósł u podpisanego sądu o wywołanie następujących zgubionych podobno weksli, przez **Wawrzyna Klimińskiego** wystawionych:

1) de dato Swarzędz dnia 15. Kwietnia 1866. roku na tal. 20 per 15. Sierpnia ej. a. na **Juliusza Katz** przez tegoż in blanko żyrowany;
2) de dato Swarzędz dnia 6. Lipca 1866. na tal. 18 per 24. Sierpnia ej. a. na **B. Barucha**;
3) de dato Swarzędz dnia 6. Lipca 1866. na tal. 33 per 24. Sierpnia ej. a. na **B. Barucha**;
4) de dato Swarzędz dnia 27. Marca 1866. na tal. 5 śbr. 10 per 28. Września ej. a. na **B. Barucha.**

Niewiadomych posiadaczy tych weksli wzywamy niniejszem, aby je najpóźniej

aż do dnia 1. Maja r. b.

u sądu podpisanego złożyli, w przeciwnym razie za nieważne uznane zostaną.

Sroda, dnia 15. Marca 1866.

Królewski Sąd powiatowy.
Wydział I.

Holz-Verkauf.

Zum Verkauf von verschiedenen Bau-, Nutz- und Brennhölzern aus dem Schutzbezirk **Chomenczyc** der Oberförsterei **Moschin** nach dem Meistgebot unter den im Termine selbst bekannt zu machenden Bedingungen steht Termin auf

Montag den 29. April c.
Vormittags 10 Uhr

in **Stenszewo** im Gasthause des Herrn **Kahl** an.

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Aufmaaßregister des Bauholzes (welches zum größten Theil extra stark ist) einige Tage vor dem Verkauf in der hiesigen Registratur eingesehen werden können und der Förster **Klawiter** angewiesen ist, die zum Verkauf gestellten Hölzer auf Verlangen an Ort und Stelle vorzuzeigen.

Ludwigsberg, den 28. März 1867.

Der königliche Oberförster.
Spieler.

Auktion.

Wegen Umzuges werde ich **Mittwoch den 3. d. M. früh von 9 Uhr** ab in Auktionslokale, **Wronkerstraße Nr. 4.** div. **Möbel**, als: Spinde, Tische, Kommoden, Bettstellen, Stühle, 2c., ferner Gold- und Silbersachen, Uhren 2c. öffentlich versteigern.

Manheimer, k. Auktionskommissarius.

Nachlaß-Auktion.

Freitag den 5. d. Mts. Vormittags von 9 Uhr ab werde ich im **Auktionslokale Magazinstraße Nr. 1.** diverse Möbel, als: **Kleiderspinde, Tische, Stühle, Sopha's, Betten, Kleidungsstücke, Haus- und Küchengeräthe,** demnächst **Rheinweine, Cigarren 2c.** meistbietend öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski,
königl. Auktions-Kommissarius.

Ein neu eingerichtetes **photographisches Atelier** nebst einem **Geschäftslokale** in einer frequenten Straße der Stadt, ist sofort zu vermiethen bei ***G. A. Meng*** in Bromberg, Friedrichsstraße Nr. 41.

Pensionaire

finden Aufnahme, Ueberwachung und Nachhülfe, auf Wunsch Vorbereitung für höhere oder mittlere Klassen bei Dr. **Schummel** in **Breslau**, Agnesstraße 8.

Preußische Hagel-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Dieselbe versichert Bodenerzeugnisse gegen Hagelschaden. Die Prämien sind **fest** und **billig**, Nachschüsse werden also **niemals** erhoben. Die Schäden werden wie im vorigen Jahre **koulant** und unter Zuziehung von Landesdeputirten regulirt und binnen Monatsfrist nach Feststellung **voll** und **baar** bezahlt. Versicherungen auf mehrere Jahre genießen einen angemessenen Prämienrabatt.

Die Unterzeichneten sind zu jeder Auskunft und zur persönlichen Aufnahme von Versicherungen stets bereit und empfehlen dem landwirthschaftlichen Publikum obige Gesellschaft ganz ergebenst.

Th. Gerhardt, Kaufmann in **Posen.**
Gustav Ehrhardt, Rechnungsrath in **Posen.**
S. A. Krüger, Kaufmann in **Posen.**
Mulert, Regierungs-Sekretair in **Posen.**
Moritz Wiener, Kaufmann in **Schwersenz.**
Herm. A. Kahl, Kaufmann in **Stęszewo.**
E. v. Homeyer, Gutsbesitzer in **Biskupice** b. Schwersenz.
Brüning, Hotelbesitzer in **Mur. Goslin.**

Verpachtung.

Vom 1. April ab ist **Friedrichsstraße Nr. 28.** ein geräumiges Lokal, bestehend aus: sechs großen Stuben, einer Küche, zwei Kellern, einem Saal, einem umfangreichen Obst- und Gemüse-Garten, Kegelbahn 2c. unter vortheilhaften Bedingungen auf 6 Jahre zu verpachten.

In diesem Lokale besteht seit 30 Jahren ein Tabagie-Geschäft; aber außer diesem eignet sich dasselbe zu Schulen, Vereinen, sowie zu jedem industriellen Zweck.

Kapital-Offerte für Gutsbesitzer.

Ich bin mit der Ausleihung bedeutender Kapitalien auf ländlichen Grundbesitz innerhalb $2/3$ der landschaftlichen und unter Umständen auch innerhalb der ersten Hälfte der gerichtlichen Taxe, beauftragt.

Ich kann diese Gelder bewilligen sowohl zur ersten Stelle, wie auch hinter den Pfandbriefen, und ersuche Reflektanten, sich baldigst mit mir direkt in Verbindung zu setzen.

H. Bombe,
Kaufmann in ***Stettin.***

Privat-Unterrichtsanzeige.

Nach einer naturgemäßen, leicht faßl. Methode bringe ich Kinder **spätestens** in einem Vierteljahr, bei täglich nur ein- bis **zweistünd. Unterricht** zum fließenden Lesen. Das Rechnen u. Schreiben wird entsprechend berücksichtigt.

Eltern, welchen daran liegt, ihren Kleinen in den ersten Schuljahren möglichst viel freie Zeit zur gehörigen körperl. Entwickelung zu erhalten, wollen sich vertrauensvoll melden bei

A. Heinze,
Lehrer der Mädchen-Mittelschule,
Schifferstr. 21.

Ich beehre mich, hierdurch anzuzeigen, daß ich mich hierorts als Lehrer für **Pianofortespiel** und **Gesang** niedergelassen habe. Gefällige Offerten nimmt die Musikalienhandlung der Herren ***Schlesinger & Spiro*** für mich entgegen.

Paul Stiller,
Berlinerstraße 29. 1 Treppe.

Viele Jahre in Warschau als Werkführer beschäftigt gewesen, habe ich mich bei meiner Rückkehr am hiesigen Platze als

Wagenbauer

etablirt. Indem ich dieses neue Unternehmen dem gütigen Wohlwollen des geehrten Publikums empfehle, bemerke noch, daß ich bereit bin, sämmtliche Reparaturen pünktlich auszuführen.

Cesar Goławiecki,
Wagenbauer,
gr. Gerberstraße Nr. 47., vis-à-vis dem „Schwarzen Adler".

Zur Frühjahrsbestellung offerire ich:

Staubfeines, gedämpftes Knochenmehl I.,
Präparirtes Knochenmehl (mit Schwefelsäure aufgeschlossen),
Knochenmehl (mit 40 % Peru-Guano),
Superphosphat

und leiste für den Gehalt nach der Analyse Garantie.

Moritz Milch,
Fabrik in **Jerzyce** bei Posen.

Kirschbäume,

hochst., stark in Sorten, wie Aepfel-, Birnen- und Pflaumenb., echt importirte franz. Zwergb. zu Spalier wie Pyramiden, neueste Sorten von Aepfeln, Birnen, Pflaumen, Pfirsichen und Aprikosen.

Trauerrosen, stark, 7—8' hoch, in 3 Sorten. Hoch-, Mittel-, Niederst., wie wurzelechte Rosen in besten Sorten. Moosrosen, roth und weiß.

Crataegus **(Weißdorn)** zu Hecken, 1-, 2-, 3jähr., stark.

Kugelakazien, hochst. Alleeb., Ziergehölze u. s. w. empfiehlt ***Karl Kirchner***, Kunst- und Handelsgärtner in Jerzyce bei Posen.

Zur Frühjahrspflanzung

empfiehlt noch einige Schock **Birnbäume** in verschiedenen Sorten

E. Bieder,
Kunstgärtner,
in ***Lubin*** **bei Kriewen.**

In **Schönherrnhausen** ist **Roggenlangstroh** zu verkaufen.

Kanarien-Weibchen sind noch zu haben **Büttelstr. 11.**, 3 Treppen im Vorderhause.

En gros. **Tapeten und Teppiche, Rouleaux und Gardinenstangen** En détail.

empfiehlt in reichhaltigster Auswahl

Julius Borck.

Long-Shawls und Tücher-Fabrik

vom Webermeister **C. Schultz** aus **Berlin.**

Die ergebene Anzeige, daß ich mein Lager ausverkaufen will, und verkaufe reine wollene **Umschlagetücher** von 1 Thlr. 5 Sgr. an, dito **Doppel-Shawls** von 2 Thlr. 5 Sgr. an, gewirkte **Long-Shawls** in reiner franz. Wolle unter Garantie von 9 Thlr. an, ächte franz. in Köper gewirkte neunfarbige **Long-Shawls**, die sonst 25—30 Thlr. kosten, nur 16 Thlr.

Mein Stand ist in einer Holzbude vis-à-vis der Breslauerstr. Firma: C. Schultz aus **Berlin.**

Tapeten u. Borten

in den neuesten Dessins und größter Auswahl empfiehlt zu Fabrikpreisen

M. D. Cohn
in **Grätz.**

Ein gutes Billard, so wie sämmtliche, zu einer **Schank-Wirthschaft** nöthigen **Utensilien: Tische, Bänke, Spinde** 2c. sind wegen Aufgabe eines Restaurations-Geschäfts sofort billig zu verkaufen

Friedrichsstr. 28.

Wein-Gebinde, Waffertonnen 2c. sind zu verkaufen in ***Mylius Hôtel.***

Warnung vor Betrug.

Die günstigen Erfolge, welche die

C. G. Hülsberg'sche
Tannin-Balsam-Seife

seit 10 Jahren erzielte, haben gewissenlose Spekulanten zu billigen Nachahmungen verleitet. Diese Nachahmungen sind ohne alle Fachkenntniß aus billigen und schädlichen Materialien gefertigt und daher der Gesundheit sehr nachtheilig, wie nachstehender Brief beweist.

Eibenstock, den 3. Mai 1866.

Herrn C. G. Hülsberg in Berlin, Ritterstraße 76.

Nachdem ich 2 Stückchen Ihrer Tannin-Balsam-Seife vorschriftsmäßig verbraucht hatte, bin ich von meinen Leiden, der Bartflechte, fast vollständig geheilt gewesen. Da kaufte ich Tannin-Balsam-Seife aus einer andern Fabrik, nach deren Anwendung stellte sich aber die Flechte wieder ein. Deshalb bitte ich Sie, mir 3 Pack von Ihrer so ausgezeichneten Tannin-Balsam-Seife unter Postnachnahme zu senden.

L. Ludwig, Kantor.

Zu haben bei

Adolph Asch,
Posen.

Lymphe, direkt von der Kuh, das Haarröhrchen für eine Person 20 Sgr. **Berlin,** Schiffbauerdamm 33. Dr. **Pissin.**

Vorzügliches Putzmittel für **Silber,** a Flasche mit Gebrauchs-Anweisung 5 Sgr., desgleichen für **Alfénide, Neusilber** und **Messing,** à Flasche 5 Sgr.

Elsner's **Apotheke.**

Frische Kieler **Sprotten, Speckbücklinge** u. hochr. **Apfelsinen** billigst bei **Kletschoff.**

Gr. Gerberstr. 17. täglich zwei Mal frische **Milch** vom Dom. Strzeszyno à Quart 1 Sgr.

Hierdurch erlaube mir ergebenst mitzutheilen, daß ich von heute ab den alleinigen Verkauf von **Tafelglas** aus meiner Fabrik

Friedrichshütte

für die Stadt und Provinz **Posen** den Herren

Pick & Spanier

übertragen habe.

Posen, den 6. Januar 1867.

Michaelis Breslauer.

Unter Bezugnahme an obige Annonce theilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von **Tafelglas** aus der Fabrik **Friedrichshütte** in allen Sorten und Dimensionen stets Lager halten werden.

Pick & Spanier.

Kleiderstoffe, franz. Long-Châles, Frühjahrs-Mäntel und Jaquets, Mull- und Tüll-Gardinen, Portièren und Möbelstoffe, Tischdecken, Teppiche, Reise-, Schlaf- und Steppdecken, in größter und geschmackvollster Auswahl neu eingetroffen und empfiehlt solche zu den allerbilligsten Preisen.

S. H. Korach, Neuestraße 4.

Schwarzer Tafft à 20 Sgr. pro Berliner Elle.

Frische Seelachse und delikaten Räucherlachs

offerirt stets zu billigsten Marktpreisen, **frische Fische** von 6 bis 10 Pfund, 5 Sgr., größere 6 Sgr. pro Pfund.

L. A. Janke in **Danzig.**

יין שרף על פסח בהכשר ברצ

Osterliqueure

in bekannter vorzüglicher Qualität empfiehlt

Hartwig Kantorowicz.

Friedrichshaller Bitterwasser.

Mit frischer Füllung unserer Quelle sind alle Mineralwasserhandlungen versehen, was wir den Herren Aerzten und dem Publikum empfehlend anzeigen.

Brunnenschriften über die ausgezeichneten Wirkungen des natürlichen Friedrichshaller Bitterwassers sind bei uns, sowie in allen Mineralwasserhandlungen unentgeltlich zu haben.

Die Brunnen-Direktion
C. Oppel & Co.
in **Friedrichshall** b. **Hildburghausen.**

Jeder Zahnschmerz

wird sofort gestillt durch Apotheker **Bergmann's Zahnwolle**, patentirt in den kaiserlich französischen Staaten. Vorräthig à Hülse 2 1/2 Sgr. bei ***V. Giernat*** in **Posen.**

NB. Für den augenblicklichen Erfolg garantirt der Erfinder, Apotheker Bergmann in Paris, 70 Boulevard Magenta.

Die günstigen Resultate, welche durch die Anwendung des

geruchlosen Medizinal-

Leberthrans

von

Karl Baschin, Berlin,

Spandauerstr. 29., erzielt worden sind, und die **ärztlichen** Anerkennungen, welche diesem vorzüglichen Fabrikate zur Seite stehen, geben Veranlassung zur ferneren Empfehlung dieses reinen Naturproduktes. Dieser Leberthran hat einen angenehmen, süßlichen Geschmack und wird von Kindern gern genommen. Zu beziehen aus den bekannten Niederlagen oder **direkt** von ***Karl Baschin*, Berlin**, Spandauerstr. 29.

Ich halte es für meine Pflicht, hiermit zu bezeugen, daß ich den **Breslauer weißen Brustsyrup** des Herrn **G. A. W. Mayer** aus der Niederlage des Herrn Theodor Grün in Marienberg gegen anhaltenden Husten und Lungenverschleimung mit ausgezeichnetem Erfolge angewendet habe und nach Gebrauch einer einzigen Viertel-Flasche meine Gesundheit wieder vollständig hergestellt wurde. Nunmehr ist ein Jahr verflossen, ohne daß ich von ähnlichen Leiden geplagt worden bin und kann derartig Leidenden denselben als ganz vorzüglich mit der besten Zuversicht empfehlen.

Kackenberg im Amte Marienberg (Nassau), den 5. Febr. 1866.

Johannes Dait.

Niederlagen in Posen bei
Gebr. Krayn, Wronkerstr. 1.
Isidor Busch, Sapiehaplatz 2.
J. N. Leitgeber, gr. Gerberstr. 16.

Seefisch-Offerte.

Frischen, geräucherten und marinirten Lachs, in nur feinster Qualität, so wie alle andern Sorten Fische, versende gegen Nachnahme des Betrages zu äußerst billigen Preisen

Danzig, im April 1867.

F. W. Schnabel.
Fischmarkt.

Delikate Matjes-Heringe, das Stück à 1 und 1 1/2 Sgr., empfiehlt

Isidor Busch, Sapiehaplatz 2.

על פסח Mein billiges על פסח

Maze-Lager

befindet sich **Judenstraße 26.**, 1. Etage.

Salomon Pinski.

Mit nur 1 Thaler

kann man an dem **Haupttreffer** von **Fl. 200,000** der **großen Anlehns-Lotterie** vom Jahre 1858, deren Ziehung

am 1. April d. J.

stattfindet, betheiligt werden.

Gewinne: Fl. 200,000, 40,000, 20,000, 2 à 5000, 2 à 2000, 2 à 1500, 4 à 1000, 37 à 400, 1650 à Fl. 160, welche an diesem Tage unbedingt zur Verloosung kommen müssen.

Gefällige Aufträge für
1/4 = 1/2 = 1/1 = Antheile
à Thlr. 1, à Thlr. 2, à Thlr 4,
auf Loose, speziell zu dieser Ziehung gültig, werden gegen baar oder Nachnahme prompt effektuirt und die Listen gratis und franko zugesandt. **Man beliebe sich baldigst zu wenden an**

Chr. Chr. Fuchs,
Frankfurt a. M.

Gulden 200,000, 100,000, 40,000, 20,000, 15,000, 2mal 10,000 u. s. w. sind zu gewinnen in der schon am **10. April** beginnenden **Hauptziehung 6. Klasse der Frankfurter Lotterie,** wozu noch Loose in Ganze à Thlr. 52, halbe à Thlr. 26, viertel à Thlr. 13, achtel à Thaler 6 15 Sgr. zu haben sind bei

Joseph Buseck, Kollekteur in Frankfurt a. M.

Nächste Gewinnziehung am 15. April 1867

Hauptgewinn fl. **250,000** **Größte** Prämienanlehen v. 1864.

Gewinn-Aussichten.

Nur 6 Thaler

kostet ein halbes Prämienloos, 12 Thaler ein ganzes Prämienloos, ohne jede weitere Zahlung auf sämmtliche 5 Gewinnziehungen vom 15. April 1867 bis 1. März 1868 gültig, womit man fünf mal Preise von fl. 250,000, 220,000, 200,000, 50,000, 25,000, 15,000 2c. 2c. gewinnen kann.

Jedes herauskommende Loos muß sicher einen Gewinn erhalten.

Bestellungen unter Beifügung des Betrags, Posteinzahlung od. gegen Nachnahme sind **baldigst** und nur allein direkt zu senden an das Handlungshaus

H. B. Schottenfels
in Frankfurt am Main.

Verloosungspläne und Gewinnlisten erhält Jedermann unentgeltlich zugesandt.

Von heute ab wohne ich Wilhelmsstr., vis-à-vis der W. Decker'schen Hofbuchdruckerei.

W. Demitrowitz,
Schneidermeister.

Ziehung am 13. Mai 1867.

Zur 1. Klasse königlich Preuß. Hannov. Lotterie empfiehlt Loose.

Ganze	Halbe	Viertel
4 Thl. 10 Sgr.	2 Thl. 5 Sgr.	1 Thl. 2 Sgr. 5 Pfg

Pläne gratis.

Die königl. Haupt-Kollektion

H. S. Rosenberg,
Hannover.

NB. Auswärtige Aufträge werden prompt ausgeführt.

Ich wohne jetzt Bäckerstraße 13B. (neben dem Odeum) Parterre rechts.

M. Prausnitz,
Mauermeister.

Mein Komtoir befindet sich seit dem 1. c. **Schuhmacherstr. 20.** im Theodor Baarth'schen Hause. ***Joseph Fränkel.***

Markt- u. Breslauerstr.-Ecke Nr. 60. ist

ein Laden

sofort zu verm. Näheres Gerberstr. 52. 1 Tr.

Schützenstraße 22. im 2. Stock ist ein möblirtes Zimmer zu vermiethen.

Ein gr. möbl. Zimmer mit schöner Aussicht sofort zu verm. Näheres: Neue Posthalterei, Schuhmacherstr. 11. III. Et. links.

Im oberen Stadttheil wird eine elegante Wohnung in einem herrschaftlichen Hause von etwa 3 Stuben nebst Domestikengelaß und Zubehör gesucht. — Offerten nimmt Herr ***Mylius*** entgegen.

Hinterwallischei, Damm Nr. 7., ist sofort eine freundl. Mittelwohnung im 2. Stock für 55 Thlr. zu verm.

Eine möbl. Stube zu vermiethen Markt 70., Ecke Neuestr. 1 Tr. Eingang Neuestraße.

Markt 88. ist die **erste Etage,** zu jeder Geschäftsbranche geeignet, vom 1. Oktober ab zu vermiethen.

Die **General-Agentur** einer preußischen Feuer-Versicherungsgesellschaft für die Provinz Posen ist zu besetzen.

Gefällige Offerten werden sub **P. K. Nr. 3.** durch die Expedition dieses Blattes erbeten.

Einen zweiten Beamten sucht **Gr. Luttom** bei Zirke. ***Slobwasser.***

Ein mit guten Zeugnissen versehener, gewandter, treuer **Bedienter**, der bereits bei Herrschaften gedient hat, kann durch Nachweisung des Herrn ***Mylius*** eine Stelle finden.

Einige **Schuhmachermeister** auf Damenarbeit finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei

E. Rosenthal.

Schneidergesellen,

tüchtige Rockarbeiter, finden lohnende und dauernde Beschäftigung bei

C. Ehlert, Markt 72.

---

1 Reisender, der schon für ein Destillationsgesch. gereist, aber nur von solchem werden franko Off. an **L. Freyberg**, Berlin, Friedrichsstr. 146. erb.

Ein Wirthschaftslehrling oder Wirthschaftsschreiber, beider Landessprachen mächtig, wird zum baldigen Antritt gesucht.

Domaine **Rochowo** bei Schrimm.

Ein **Lehrling** findet in meinem Kurz- und Weißwaaren-Geschäft sofort Engagement.

E. Rosenthal.

Ein tüchtiger Brauer mit sehr guten Zeugnissen versehen, der schon einige Jahre ein Geschäft von Bairisch-, Doppel- und Einfach-Bier selbst geführt hat, wünscht durch Geschäftsveränderung ein sofortiges Unterkommen.

Gefällige Offerten werden erbeten unter ***F. Grunert*, Penzig** bei Görlitz.

Ein vorschriftsmäßig gelernter **Forstbeamter**, mit guten Zeugnissen versehen, sucht sofort oder zu Johanni ein Engagement. Adressen werden erbeten poste restante ***Rackwitz*** unter ***G. D.***

Ein unverheiratheter Oekonom, der polnischen Sprache mächtig, sucht Stellung. Offerten werden erbeten unter 100 post. rest. ***Bythin.***

Ein Knabe rechtlicher Eltern, der Lust hat **Uhrmacher** zu werden, kann sich melden bei

Arnold Kaebsch,
Uhrmacher in **Schrimm.**

Dem ungenannten Musikfreunde sage ich für die wohlwollende Beurtheilung und das gütige Zeichen der Anerkennung meinen herzlichsten Dank. — s

---

Der **„Deutsche Gemeinde-Anzeiger, Anzeigeblatt** der **„Deutschen Gemeinde-Ztg."** in Berlin, unter den Behörden als deren spezielles Ankündigungs-Organ überall verbreitet, empfiehlt sich und **genügt** Behörden, wie Aemter- u. Stellensuchenden und bezüglichen Geschäftstreibenden für die Einsicht und Aufgabe aller einschlägigen Anzeigen der Behörden und Körperschaften unter sich oder mit ihren auswärtigen und speziellen Privat-Interessenten. Er ist für nur **5 Sgr.** vierteljährlich bei jeder Postanstalt zu beziehen und bei allen bedeutenderen Stadt- und Gemeindebehörden meist frei einzusehen. Für Inserenten beachtenswerth, daß die **zweispaltige** Zeile nur 2 1/2 Sgr. kostet.

Allen Besitzern von Shakspeare's Werken werden empfohlen und sind durch alle Buch- und Kunsthandlungen zu beziehen:

Kaulbach's Illustrationen zum Shakspeare.

Nach den Handzeichnungen des berühmten Künstlers photographirt. 9 Blätter. Folio 10 Thlr. — Visitenkartenformat 3 Thlr.

Nicolaische Verlagsbuchhandlung in Berlin.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal der bei ***Ernst Keil*** in **Leipzig** erscheinenden beliebten Wochenschrift:

230,000 Aufl. Die Gartenlaube Aufl. 230,000.

Wöchentlich 2 Bogen in groß Quart **mit vielen prachtvollen Illustrationen.** Vierteljährlich 15 Sgr., mithin der Bogen nur circa 5 1/2 Pfennige.

Das 2. Quartal bringt: „Die Herrin von Dernot" (Fortsetzung und Schluß). Novelle von Edmund Höfer. — „Das Geheimniß der alten Mamsell." Erzählung von E. Marlitt. — Photographien aus dem Reichstage. Von einem bekannten Schriftsteller und Mitglied des Reichstags. Mit großen Abbildungen. — Nach Paris. Vorschule für Besucher der Weltausstellung. Von H. A. Berlepsch, u. A. m.

Ernst Keil in **Leipzig.**

Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an, in **Posen**

Ernst Rehfeld, Wilhelmsplatz Nr. 1. (Hôtel de Rome.)

☐ M. 3. IV. A. 7. J. I. ☐

Naturwissenschaftlicher Verein.

Den letzten Vortrag in diesem Winterhalbjahre wird Mittwoch den 3. April um 5 Uhr Nachmittag Herr Dr. **Witnski** im Saale des Marien-Gymnasiums über die Fallgesetze halten.

Generalversammlung

des Posener Lokalvereins der Gustav-Adolf-Stiftung.

Alle Mitglieder und Freunde unseres Vereins werden hierdurch ergebenst eingeladen, sich **Donnerstag den 4. d. M. Nachmittags 1/2 6 Uhr** in der Aula des Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums einfinden zu wollen,

1) um über die Ausführung der diesjährigen Sammlungen Beschluß zu fassen, und
2) zur Wahl
   a) der Vorstandsmitglieder, so wie
   b) der drei Deputirten, welche den Lokalverein bei der im Juni stattfindenden Provinzial-Versammlung zu vertreten haben.

Posen, den 2. April 1867.

Der Vorstand des Lokalvereins der Gustav-Adolf-Stiftung.

Das Komité der diesjährigen Winter-Vergnügungen hat den Ueberschuß seiner Einnahmen von 64 Thlr. 23 Sgr. 6 Pf. dem isr. Armen-Verein überwiesen, wofür demselben hiermit der wärmste Dank abgestattet wird.

Der Vorstand.

Der Rettungs-Verein

zu Posen.

Unser Kamerad, der Maurerpolier **Karl Schmalfuß**, ist gestern gestorben.

Zur feierlichen Beerdigung laden wir hiermit sämmtliche Kameraden beider Abtheilungen auf Mittwoch den 3. d. M., Nachmittags 5 1/2 Uhr freundlichst ein.

Versammlungsort ist Thorstraße Nr. 10.

Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Ida** mit dem hiesigen Kaufmann **Adolph Scholl** beehren sich Verwandten und Freunden ergebenst anzuzeigen.

Krotoschin, am 31. März 1867.

Julius Hirsekorn nebst Frau.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, unsere gute Mutter und Großmutter, die verwittwete Salzfaktor **Karoline Studt** geb. **Kaiser**, am Sonnabend den 30. März c. in einem Alter von 81 Jahren 9 Monaten zu sich zu rufen.

Verwandten und Freunden zeigen dies tiefbetrübt an

die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 5 Uhr vom Trauerhause, Mühlstraße, aus statt.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Frl. Laura, Freiin v. Puttkammer mit Herrn Lieutenant Georg v. Kleist in Stettin, Frl. Adele v. Gillhaußen in Neisse mit Herrn Regierungs-Referendar a. D. und Rittergutsbesitzer Paul Reinisch in Münchhof.

Verbindungen. Herr W. Klöpfer mit Frl. M. Dalchow in Berlin, Herr Julius Jacobsohn mit Frl. Flora Schwabach in Berlin.

Geburten. Ein Sohn: dem Kreisrichter Karl Bennecke in Friedeberg N.-M., dem Pastor Plantiko in Repplin, dem Hauptmann im Feld-Art.-Regt. Nr. 10. v. Hellfeld in Wunsdorf bei Hannover, dem Prem.-Lt. und Rittergutsbesitzer W. Keibel in Schwarzensee. — Eine Tochter: dem Reiseprediger Meyeringh in Berlin.

Todesfälle. Komerzienrath Jacoby in Berlin, Rektor emer. Wiedemann in Arnswalde, kgl. Kapellmeister a. D. Henning, Premierlieut. Lympius in Berlin, Major E. v. Stegmann in Stettin, Pastor Riedel in Riegersdorf b. Strehlen, Frau Majorin v. Kauffberg in Sondershausen.

Saal Bazar.

Mittwoch den **3.** u. Freitag den **5.** April 1867
Abends **7 1/2** Uhr

CONCERT,

gegeben von dem

Florentiner Quartettverein

Jean Becker,

Großherzogl. Bad. Kammervirtuosen,

Enrico Masi, Luigi Chiostri und **Federigo Hilpert.**

Programm wie bekannt.

Billets zu **numerirten Sitzplätzen** für **beide Soiréen à 1 1/2 Thlr.**, für **eine Soirée à 1 Thlr., Stehplätzen à 15 Sgr.**, sind zu haben in der **Hof-Musikalienhandlung** der Herren ***Ed. Bote & G. Bock.***

Volksgarten.

Mittwoch den 3. April.

Im Konzertsaale

der weltberühmte

zooplastische Garten.

Dieser Garten — nicht zu verwechseln mit einer systematisch geordneten Sammlung konservirter Thierkörper — umfaßt

eine große Ausstellung von

Charakteren aus dem Thierleben

sowohl zur Belehrung, als zur Unterhaltung, denn es sind darin aufgestellt:

1. Viele der interessantesten Scenen aus dem Naturleben der Thiere, wie sie nur von Wenigen im Freien beobachtet werden können, namentlich Thierkämpfe, worunter der Kampf eines wilden Ebers (Keulers) mit Wölfen besonders ins Auge fällt, und
2) **satyrische, humoristische, komische und allegorische Gruppen mit entsprechenden naturgemäßen Dekorationen 2c.**

F. A. Zobel.

Volksgarten-Saal.

Im zooplastischen Garten
Mittwoch den 3. April

CONCERT

von der Tyrolergesellschaft

Seppel Jud aus Insbruck.

Entrée für Garten u. Konzert: Einzelne Billets 5 Sgr., 5 Billets 15 Sgr. Anfang 7 Uhr.

Emil Tauber.

Asch's Café,

Markt 10.

Heute und die folgenden Abende ***Concert*** von der Sängergesellschaft **Conrad** unter Mitwirkung des Komikers Herrn **Mayer.**

Fehrle's Gesellschaftsgarten,

kleine Gerberstraße 7.

Heute und die folgenden Tage tragische und humoristische Gesangvorträge von der Gesellschaft des Komikers **Wohlbrück.**

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 2. April 1867. **(Wolff's telegr. Bureau.)**

		Not. v. 1.	v. 30.
Roggen,			
Loko	—	56 1/2	—
Frühjahr	55 1/2	56 3/8	56 5/8
Herbst	50 7/8	51 3/4	55 7/8
Spiritus, flau.			
Loko	—	17 1/3	—
Frühjahr	16 23/24	17 1/3	17 5/24
Herbst	17 1/2	17 3/4	17 5/24
Rüböl, fester.			
Loko	—	11	—
Frühjahr	11	10 11/12	11 1/24
Herbst	11 13/24	11 1/2	11 1/24

Fondsbörse: Fonds fest, Aktien schwankend, lebhaft.

		Not. v. 1.	v. 30.
Amerikaner	78	78 1/2	78 1/2
Staatsschuldsch.	82 3/4	83	83 3/4
Neue Posener 4% Pfandbriefe	87 1/4	88	88 1/6
Russ. Banknoten	79 7/8	79 1/2	81 1/8
Russ. Pr.-Anl., a.	90	90 1/2	91 1/2
do. do. n.	86	85 1/2	87 1/2

Kanalliste: 883 Wispel **Roggen**, 326,000 Quart **Spiritus.**

Stettin, den 2. April 1867. **(Marcuse & Maas.)**

		Not. v. 1
Weizen, matter.		
Frühjahr	84 1/4	84 3/4
Mai-Juni	84	84 1/2
Juni-Juli	84	84 1/2
Roggen, fest.		
Frühjahr	54 1/8	54
Mai-Juni	54 1/4	54
Juni-Juli	54 1/2	54 3/8
Rüböl, fester.		
April-Mai	10 11/12	10 5/6
Septbr.-Oktbr.	11 1/2	11 1/2
Spiritus, matt.		
Frühjahr	16 3/4	16 10/24
Mai-Juni	16 7/8	16 7/8
Juni-Juli	17 1/8	17 1/8

Börse zu Posen

am 2. April 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 88 Br., do. Rentenbriefe 90 1/4 Br., do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen 98 Br., do. 4 1/2 % Kreis-Obligationen 89 Br., polnische Banknoten 79 1/4 Geld.

Roggen [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Frühjahr 53 1/3, April 53 1/3, April-Mai 52 1/2, Mai-Juni 52 1/2, Juni-Juli 52 1/2, Juli-August 51 3/4.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gekündigt 12,000 Qrt., pr. April 16 5/24 — 1/6, Mai 16 1/3, Juni 16 1/2, Juli 16 3/4, August 16 5/6, Septbr. 17.

♒ [Privatbericht.] **Roggen** fester, pr. Frühjahr 53 1/3 bz. u. Br., April-Mai 52 1/2 Gd. u. Br., Mai-Juni 52 1/2 Gd. u. Br., Juni-Juli 52 3/4 Br.

Spiritus unverändert, pr. April 16 5/24 — 1/6 bz. u. Gd., Mai 16 3/8 — 1/3 bz. u. Gd., Juni 16 1/2 Gd., 7/12 Br., Juli 16 3/4 Gd. u. Br., August 16 5/6 Gd., 11/12 Br., Septbr. 17 Gd.

Produkten-Börse.

Berlin, 1. April. Wind: NW. Barometer: 28 5. Thermometer: Früh 2° +. Witterung: Hell bei rauher Luft.

Im Verkehr mit **Roggen** war heute eine feste Stimmung vorherrschend und obschon die Käufer anfänglich den etwas gesteigerten Forderungen widerstrebten, haben sie doch dadurch ein Abgehen von denselben nicht durchsetzen können. Das Geschäft entwickelte sich sehr langsam, hat allmälig indessen leidliche Ausdehnung erlangt. Loko ist mäßiger Umsatz erzielt worden. Die per Eisenbahn zugeführte Waare verkauft sich schwierig.

Weizen loko still, Termine befestigten sich, da die Kündigungen gute Aufnahme fanden. Gekündigt 5000 Ctr. Kündigungspreis 77½ Rt.

Hafer ohne wesentliche Aenderung, aber fest. Gekündigt 12,600 Ctr. Kündigungspreis 28¼ Rt.

Auf den Werth von **Rüböl** machte eine Kündigung von 6600 Ctr. einen nachtheiligen Eindruck Anfänglich war die Haltung fest, zahlreiche Realisationsverkäufe haben dann aber nur zu nachgebenden Preisen ermöglicht werden können. Kündigungspreis 11 Rt.

Spiritus wurde etwas billiger verkauft, die Aussicht auf baldige größere Wasserzufuhr scheint hierbei von Einfluß gewesen zu sein.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 70—88 Rt. nach Qualität, pr. 2000 Pfd. April-Mai 77 a ¾ Rt. bz. u. Br., Mai-Juni 78 a ¼ bz., Juni-Juli 79 Br., 78½ Gd., Juli-August 76½ Br., Septbr.-Oktbr. 71¼ bz., ½ Br.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 55½—57¼ Rt. nach Qualität bz., feiner 57⅞ Rt. bz., schwimmend 81/82pfd 57 a ½ Rt. bz., Frühjahr 56¼ a ½ a ⅜ a ½ Rt. bz., Mai-Juni 56 a ¼ bz., Juni-Juli 56 a ⅛ bz., Juli-August 54 bz., Aug.-Septbr. 52½ bz., Septbr.-Oktbr. 51¾ bz.

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 42—51 Rt. nach Qualität, schles. 51 Rt. bz.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. 26½—29½ Rt. nach Qualität, böhm. 28¾, schles. 29 Rt. bz., Frühjahr 28¼ Rt. bz., Mai-Juni 28⅝ a ¾ bz., Juni-Juli 29¼ bz., Juli-August 29 bz.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 52—66 Rt. nach Qualität, Futterwaare do., Mittel- 56 Rt. bz.

Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 11 Rt., per diesen Monat 11 1/12 a 10 11/12 bz., April-Mai do., Mai-Juni 11 1/12 Br., Juni-Juli 11¼ Rt., Septbr.-Oktbr. 11 13/24 a 11/24 bz., Oktbr.-Novbr. 11 7/12 bz.

Leinöl loko 13⅔ Rt. Br.

Spiritus pr. 8000 % loko ohne Faß 17⅝ a ⅓ Rt. bz., per diesen Monat 17⅙ a 1/24 a ⅙ bz., Br. u. Gd., April-Mai do, Mai-Juni 17¼ a ⅙ a ¼ bz., Br. u. Gd., Juni-Juli 17 7/12 a 5/12 a ½ bz. u. Gd., 7/12 Br., Juli-August 17⅔ a ¾ a ⅝ bz. u. Br., ¾ Gd., August-Septbr. 18 bz. u. Br., 17 11/12 Gd., Septbr.-Oktbr. 17¾ Br., ⅔ Gd.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5⅓—5 1/12 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 1/12—4⅚ Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4⅓— 1/12 Rt., Nr. 0. u. 1. 4 1/12—3⅚ Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert. (B. H. Z.)

Stettin, 1. April. **An der Börse.** [Amtlicher Börsenbericht.] Temperatur: + 8° R. Barometer: 28. 3. Wind: NW.

Weizen Anfangs fest, schließt matt, loko p. 85pfd. gelber und weißbunter 83—86 Rt., feiner schwerer 86—87 Rt., geringer 72—82 Rt., 83/85pfd. gelber pr. Frühjahr 83¾ bz., Gd. u. Br., Mai-Juni 84¾—½ bz. u. Br., Juni-Juli 84½ Br., Juli-August 83¾ Br., Septbr.-Oktbr. 79¼ Br., 79 Gd.

Roggen wenig verändert, p. 2000 Pfd. loko 53—55 Rt., pr. Frühjahr 54, 53¾ bz. u. Gd., 54 Br., Mai-Juni 54 Br., Juni-Juli 54½ Br., Juli-August 53½ Br.

Gerste loko p. 70pfd. Oderbr. 46 Rt. bz., schles. 45 Rt. bz.

Hafer eine Ladung oberschles. p. 50pfd. 29¾ Rt. bz.

Erbsen, Futter- 52—54 Rt.

Rüböl wenig verändert, loko 11 Rt. Br., 10⅚ bz., pr. April-Mai 10⅚ bz. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 11½ bz. u. Gd.

Spiritus etwas matter, loko ohne Faß 16⅔ Rt. bz., pr. Frühjahr 16⅚ Br., Mai-Juni 16 11/12 Br., Juni-Juli 17⅙ Br., Juli-August 17⅓ Br.

Angemeldet: Kein **Weizen,** kein **Roggen,** 200 Wispel **Gerste,** 50 Wispel **Erbsen,** 4000 Ctr. **Rüböl,** 10,000 Quart **Spiritus.**

Thran, brauner astrach. Robben- 13⅔, brauner Berger Leber- 27 bz.

Leinsamen, Rigaer 12⅓ Rt. bz., kurze Lieferung 12¼ Rt. bz., Libauer 11 Rt. bz.

Hering, großer Baar 8⅓ Rt. tr. gef. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 1. April. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] **Kleesaat** rothe, unverändert, ordin. 12—13, mittel 14—15, fein 16—17, hochf. 18—18½. **Kleesaat** weiße, wenig Geschäft, ordin. 18—20, mittel 21—23½, fein 25—26, hochf. 27¼—28¼.

Roggen (p. 2000 Pfd.) matt, pr. April 54¼ Br., April-Mai 53½ bz., Mai-Juni 53½ Br., Juni-Juli 53 bz., Juli-August 51 bz., Septbr.-Oktbr. 48 bz.

Weizen pr. April 74 Br.

Gerste pr. April 50½ Br.

Hafer, gek. 500 Ctr., pr. April 45½ Br., April-Mai 45½ bz. u. Gd.

Raps pr. April 93 Br.

Rüböl niedriger, gek. 3700 Ctr., loko 10⅓ Br., pr. April und April-Mai 10 11/12—⅚ bz., Mai-Juni 10¼ bz., Septbr.-Oktbr. 11⅙ Br., 11 Gd.

Spiritus wenig verändert, gek. 10,000 Quart, loko **16½ Gd.,** 16¾ Br., pr. April-Mai 16½—7/12 bz., Mai-Juni 16⅔ Gd., Juni-Juli 17 1/12 Gd., Juli-August 17¼ bz.

Zink ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.

(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 1. April 1867.

	feine	mittel	ord. Waare.	
Weizen, weißer	94—96	90	82—85 Sgr.	pr. Scheffel.
do. gelber	91—94	88	82—85	
Roggen	— 70	69	— 68	
Gerste	57—59	54	50—52	
Hafer	— 36	35	— 34	
Erbsen	65—68	62	54—58	

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	200	190	170 Sgr.	p. 150 Pfd. Brutto.
Rübsen, Winterfrucht	180	170	160	
do. Sommerfrucht	160	150	140	
Dotter	156	146	136	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 1. April. **Weizen** 78—80 Rt., **Roggen** 59—61 Rt., **Gerste** 47—54 Rt., **Hafer** 28—29 Rt.

Kartoffelspiritus. Lokowaare höher bezahlt, Termine behauptet. Loko ohne Faß 18⅙ Rt., pr. April und April-Mai 17¾ Rt., Mai-Juni 17⅚ Rt., Juni-Juli 17 11/12 Rt., Juli-August 18 Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅙ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus fest. Loko 16½ a 17½ Rt. (Magdb. Ztg.)

Wolle.

Breslau, 29. März. Wir hatten diesmal einen starken Zuspruch von Käufern, unter welchen außer einer größeren Zahl Saganer, Forster, Sommerfelder und Sorauer Fabrikanten sich auch ein bedeutender Thüringer Kämmer und ein Bergisches Haus befanden, die in allen hier vertretenen Gattungen thätig waren. Das gesammte abgesetzte Quantum betrug indeß nicht über 2000 Ctr. und bestand überwiegend aus guten polnischen und feinen ungarischen Tuchwollen von 70—78 Rt., aus russischen und ungarischen Kammwollen von 58—65 Rt. und etwas schlesischen Mittelwollen von 78—85 Rt. Preise blieben im Allgemeinen unverändert, stellten sich jedoch eher zu Gunsten der Inhaber. (B. H. Z.)

Hopfen.

Nürnberg, 28. März. Obwohl bei der vorgerückten Jahreszeit die Geschäfte im Hopfen im Allgemeinen nicht mehr von Belang sind, so haben heute doch trotz der anhaltend regnerischen Witterung einige Umsätze stattgefunden und wurden folgende Preise bezahlt:

Gute Markthopfen 115—120 Fl., Altdorfer, Hersbrucker 125—130 Fl., Hallertauer 120—130 Fl., Spalter Land 125—145 Fl., 1865er je nach Mehl 66—75 Fl. (B. H. Z.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 1. April, Nachmittags 1 Uhr. Schönes Wetter. **Weizen** stille, loko 8, 22½, pr. Frühjahr 8, 6. **Roggen** behauptet, loko 6, 10, pr. Frühjahr 5, 21. **Rüböl** unverändert, loko 12 6/10, pr. Mai 12 6/10, pr. Oktober 12 9/16. **Leinöl** loko 13. **Spiritus** loko 21.

Hamburg, 1. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. **Getreidemarkt.** **Weizen** loko matt, auf Termine behauptet, pr. April 5400 Pfd. netto 147 Bankothaler Br., 145 Gd., pr. Frühjahr 145 Br., 144 Gd. **Roggen** loko beachtet, auf Termine behauptet. Pr. April 5000 Pfd. Brutto 95 Br., 92½ Gd., pr. Frühjahr 91 Br., 90 Gd. **Hafer** stille. **Oel** fest, loko 24¾, pr. Mai 24¾, pr. Oktober 25⅝. **Spiritus** leblos. **Kaffee** und **Zink** ohne Umsatz. — Trübes Wetter.

London, 1. April. **Getreidemarkt** (Schlußbericht). Von englischem **Weizen,** der kaum Montagspreise erlangte, geringe Zufuhren. Fremder **Weizen** und **Gerste** 1 Sh. billiger. **Hafer** zu Montagspreisen mehr gefragt. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 1. April. **Getreidemarkt** (Schlußbericht). **Roggen** behauptet und lebhafter. **Raps** pr. April 67½, pr. Oktbr. 70. **Rüböl** pr. Mai 37½, pr. Oktober-Dezember 39.

Antwerpen, 1. April. **Petroleum,** raff., Type weiß, 45½ Frcs. p. 100 Ko.

Liverpool (via Haag), 1. April, Mittags. (Von **Springmann & Comp.**) **Baumwolle:** 10,000 Ballen Umsatz. Fest.

Middling Amerikanische 13⅛, middling Orleans 13½, fair Dhollerah 11⅜, good middling fair Dhollerah 10¾, middling Dhollerah 10½, Bengal 8⅛, good fair Bengal 8¾, Oomra 11⅜, Pernam 14¼.

In die Häfen der Union gingen letzte Woche 34,000 Ballen Baumwolle ein.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
1. April	Nachm. 2	28" 2''' 37	+ 5°0	NNW 2-3	trübe. Cu-st.
1. "	Abnds. 10	28" 2''' 57	+ 2°3	W 1-2	ganz heiter.
2. "	Morg. 6	28" 1''' 33	+ 0°5	WSW 2	trübe. St., Cu.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 1. April 1867 Vormittags 8 Uhr 8 Fuß — Zoll.

" " 2. " " " " 8 " 8 "

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 1. April 1867.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	98½ bz
Staats-Anl. 1859	5	103 bz
do. 54, 55, 57	4½	98½ bz
do. 56	4½	98½ bz
do. 1859, 1864	4½	98½ bz
do. 50, 52 conv.	4	90½ bz
do. 1853	4	90½ G
do. 1862	4	90½ bz
Präm.St.Anl. 1855	3½	119¼ bz
Staats-Schuldsch.	3½	83 bz
Kur-u Neum.Schldv	3½	— —
Berl. Stadt-Obl.	5	103 bz
do. do.	4½	99½ B
do. do.	3½	82½ bz
Berl.Börsenh.-Obl.	5	— —
Pfandbriefe:		
Kur- u. Neu- Märkische	3½	78½ bz
	4	89 bz
Ostpreußische	3½	77¼ G
do.	4	84½ bz 4½% 92 [bz
Pommersche	3½	77½ bz
do. neue	4	89 bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	88 bz
Schlesische	3½	— —
do. Litt. A.	4	— —
Westpreußische	3½	77¼ bz
do.	4	84½ bz
do. neue	4	83¾ bz
do. do.	4½	91½ G
Rentenbriefe:		
Kur-u Neumärk.	4	90⅝ bz
Pommersche	4	90¼ bz
Posensche	4	89¾ bz
Preußische	4	90 bz
Rhein.-Westf.	4	94 bz
Sächsische	4	92 B
Schlesische	4	92 bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	46½ bz
do. National-Anl.	5	54¼ bz
do. 250fl.Präm.Ob.	4	60 G
do. 100fl.Kred.Loose	—	69 B
do.5prz.Loose(1860)	5	66½-66-¼ bz u G
do. Pr.-Sch.v.1864	—	41¼ bz
do. Sib.-Anl. 1864	5	60 B
Italienische Anleihe	5	52⅞-52-½ bz
Russische:		
5. Stieglitz Anl.	5	60¼ G
6. do.	5	81 B
Englische Anl.	5	88 etw G
N.Russ.Egl.Anl	3	53 B
do. v. J. 1862	5	85 bz
do. 1864	5	87 bz
do. engl.	5	— —
doPr.-Anl.1864	5	90⅞-½ bz
Polnische:		
Poln. Schatz-O.	4	62¼ bz
do. kl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	91 B
Pfdbr. n. i. SR.	4	57¼ B
Part. O. 500 Fl.	4	91½ bz
Amerik. Anleihe	6	78½ Auf etw -78
Kurh. 40 Thlr.Loose	—	54½ G [bz u G
NeueBad.35fl.Loose	—	31 B
DessauerPräm.Anl.	3½	97¼ G
Lübecker Präm. Anl.	3½	49¼ B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	158 bz
Berl. Handels-Ges.	4	107½ G
Braunschwg. Bank-	4	93¼ B
Bremer do.	4	116½ B
CoburgerKredit-do.	4	80 B
Danzig. Priv.-Bk.	4	112 etw bz u G
Darmstädter Kred.	4	80 bz
do. Zettel-Bank	4	95 etw bz
Dessauer Kredit-B.	0	2¼ G
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	101 bz u G
Genfer Kreditbank	4	28¾ G exkl. div
Geraer Bank	4	104¾ B
Gothaer Privat do.	4	98 B
Hannoversche do.	4	82½ B
Königsb. Privatbk.	4	111½ G
Leipziger Kreditbk.	4	83¼ B
Luxemburger Bank	4	94⅝-⅜-½ bz u G
Magdeb. Privatbk.	4	93¾ bz
Meininger Kreditbk.	4	93½ etw bz
Moldau. Land. Bk.	4	19 B
Norddeutsche do.	4	118½ bz
Oestr. Kredit- do.	5	71½-70-½ bz
Pomm. Ritter- do.	4	93 B
Posener Prov. Bank	4	102 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	149 bz
Schles. Bankverein	4	112 G
Thüring. Bank	4	65 B
Vereinsbnk. Hamb.	4	109½ G
Weimar. Bank.	4	89½ bz
Prß. Hypoth.-Vers.	4	108¼ B
do. do. Certific.	4½	101½ G
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	84 bz
do. III. Em.	4½	92½ bz
Aachen-Mastricht	4½	69½ bz
do. II. Em.	5	69¾ B
Bergisch-Märkische	4½	— —
do. II. Ser. (conv.)	4½	96 bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	78¼ bz
do. Lit. B.	3½	78¼ bz
do. IV. Ser.	4½	94½ B
do. V. Ser.	4½	93½ bz VI [92¾ bz]
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	96 G
do. Litt. B.	4	95⅝ bz
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	— —
do. Litt. B.	4	— —
do. Litt C.	4	87¼ bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	85¼ bz
Berl.-Stet. III. Em.	4	85¼ bz
do. IV. S. v. St.gar.	4½	97 bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	99 bz
do. II. Em.	5	— —
do.	4	— —
do. III. Em.	4	— —
do.	4½	95¾ bz
do. IV. Em.	4	84¾ bz
do. V. Em.	4	84½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —IV— —
do. 1865	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	3	67½ bz
Mosco-Rjäsan S. g.	5	83½ bz
Niederschles. Märk.	4	89¼ bz
do. II. c.	4	— —
do. conv.	4	89¼ bz
do. conv. III. Ser.	4	88 bz
do. IV. Ser.	4½	98 B
Niederschl. Zweigb.	5	101 B
Nordb., Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80⅛ bz
do. Litt. C.	4	— —
do. Litt. D.	4	— —
do. Litt. E.	3½	80¼ bz
do. Litt. F.	4½	94¾ G G — —
Oestr. Französ. St.	3	238 bz u G neue
Oestr.südl.Staatsb.	3	226 bz [228 bz u B]
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. Prior. Obl.	4½	93½ B
do. 1862	4½	93½ B
do. v. Staat garant	4½	98 G
Rhein-Nahe v. St g	4½	94⅞ bz
do. II. Em	4½	94⅞ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	92 G
do II. Em.	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4	89 G
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	4½	98½ B

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	35 bz
Altona-Kieler	4	129½ bz
Amsterd. Rotterd.	4	93 bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	141¼-142¾ bz
Berlin-Anhalt	4	215½ B
Berlin-Hamburg	4	156½ bz
Berl. Potsd. Magd.	4	205 bz
Berlin-Stettin	4	138 bz
Berlin-Görlitz	4	69¾ bz
do. Stamm-Prior.	5	97½ bz
Böhm. Westbahn	5	59¼ B
Bresl. Schw. Freib.	4	137 B
Brieg-Neiße	4	100 bz
Cöln-Minden	4	139-140 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	57 bz
do. Stamm-Pr.	4½	77½ B
do. do.	5	84 B
Gal. C.-Ludwg.	5	85½ bz u B
Ludwigshaf.-Bexb.	4	142 bz
Magdeb. Halberst.	4	193 B
Magdeb. Leipzig	4	— — B 89¾ B
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	124 bz
Mecklenburger	4	77¾ bz
Münster-Hammer	4	— —
Niederschles. Märk.	4	90 bz
Niederschl. Zweigb.	4	94 B
Nordb., Frd. Wilh.	4	89½-88-89½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	183 bz
do. Lt. B.	5	160 bz
Oest. Franz. Staat.	5	108¼-7½-8 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	107¾-5½-7 bz
Oppeln-Tarnowitz	5	74¼ bz
Rheinische	4	115-116 bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	32 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	76¾ B
Stargard-Posen	4½	94¼ G
Thüringer	4	134 bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113 5/12 G
Gold-Kronen	—	9. 9 G
Louisd'or	—	110⅞ bz
Sovereigns	—	6. 23½ G
Napoleonsd'or	—	5. 12½ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	464½ bz
Dollars	—	1 12¼ G
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	— —
K. Sächs. Kass. A.	—	99 11/12 G
Fremde Noten	—	99⅚ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99 11/12 G
Oestr. Banknoten	—	78¼ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	79½ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	152¾ B
Berl. Eisenb. Fab.	5	116 bz
Hörder Hüttenv. A.	5	111½ B inkl.
Minerva, Brgw. A.	5	35½ etw bz
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia in Köln	4	385 G inkl.

Wechsel-Kurse vom 1. April.

Amstrd. 250fl. 10 T.	3	143⅜ bz
do. 2 M.	3	142¾ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3	151⅜ bz
do. do. 2 M.	3	151 bz
London 1 Lstr. 3 M.	3	6 23⅜ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	80 11/12 bz
Wien 150 fl. 8 T.	4	77½-77-⅛ bz
do. do. 2 M.	4	77-76¼-7 bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 24 B
Frankf. 100fl. 2 M.	3½	56 24 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅚ G
do. do. 2 M.	5	99 5/12 G
Petersb. 100 R. 3 W.	7	89 bz
do. do. 3 M.	7	88⅞ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	3½	111 bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	80 bz

Die politischen Befürchtungen wegen der Luxemburgischen Frage hatten heut die Börse in hohem Grade herabgestimmt, so daß die Haltung sehr flau, fast paniqueartig war. Doch befestigte sie sich in der zweiten Hälfte wieder entschieden. Alle Effekten waren um Procente niedriger, namentlich Eisenbahnen. Auch Preußische Fonds waren matt, ausländische sehr matt, nur Amerikaner waren verhältnißmäßig fester, wenngleich auch afficirt. Russen waren gedrückt. — Die Liquidation ging heut zu Ende, aber etwas schwieriger, da sich das Kapital nicht mehr so willig zu Prolongationszwecken herleiht. — Rumänier 67½ bez. Warschau-Terespoler 5proc. Prioritäten wurden mit 72½ gehandelt.

Bergisch-Märkische 141¼ a 142¾ gem. Köln Mindener 139 a 140 gem. Nordbahn Friedr. Wilh. 89½ a 88 a 89½ gem. Rheinische 115 a 116 gem. Oestr. Franz. Staatsbahn 108¼ a 107½ a 108 gem. Oestr. südl. Staatsb. Lomb. 108 a 106 a107 gem. Oestr. Franz. Staatsb. (Prior.) neue 228 bz. u. B. Genfer Kreditbank incl. Div. Luxemburger Bank 94⅝ a ⅜ a ½ gem. Oestr. Kredit 72 a 70 a ½ gem. Oestr. Loose von 1860 66½ a 66 a ¼ gem. Ital. Anleihe 52⅞ a 52 a ½ gem. Russ. Prämien-Anleihe von 1864 90⅞ a ½ gem. Russ. Prämien-Anleihe von 1866 87 a 85½ gem. Amerikaner 78½ a 78 gemeldet. Bayr. Prämienanleihe 97 a 96 gem.

Breslau, 1. April. Die Luxemburger Cessionsfrage beunruhigte heute die Börse in hohem Grade und veranlaßte starke Verkaufsofferten der meisten Spekulationspapiere, welche erheblich niedriger gingen. Den bedeutendsten Rückgang erfuhren Oderberger und Oberschlesische Eisenbahnaktien; erstere um ca. 3 Prz., letztere um ca. 4 Prz. Preußische Fonds wichen um ca. ¼ und ½ Proz. Amerikaner und Italiener um ⅝—¾ Proz.

Schlußkurse. Oestr. Kredit-Bankaktien 71¼ bz u B. Oestr. Loose 1860 67 B. do. 1864 42 B. Reichenbach-Pardub. Pr. —. Bayrische Anleihe 97¾ bz. Amerikaner 78½-¼ bz. Schles. Bankverein 114 B. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 136 bz. do. Prior.-Oblig. 87⅞ B. 86⅞ G. do. do. Lit. D. 95¼ B. do. do. Lit. E. 95¼ B. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. Neisse-Brieger —. Oberschl. Lit. A. & C. 185-84¾-85 bz u G. do. Lit. B. 160 B. do. Prior.-Obligation 88 B, do. do. 95¼ B, 94¾ G. do. do. Lit. E. 80½ B, 80 G. do. Lit. G. 95¼ B. Oppeln-Tarnowitz 73⅞ bz u B. Kosel-Oderberg 57⅛ bz u G. Friedr. Wilh.-Nordbahn —. Diskonto Komm.-Anl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 1. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Flaue Stimmung bei lebhaftem Geschäft. Nach Schluß der Börse Amerikaner pr. Medio 77¾, 1860er Loose 66⅞.

Schlußkurse. Preußische Kassenscheine 105⅛. Berliner Wechsel 105⅛. Hamburger Wechsel 88⅞. Londoner Wechsel 119⅞. Pariser Wechsel 94⅞. Wiener Wechsel 91½. Finnländische Anleihe —. Neue Finnl. 4½ % Pfandbriefe —. 6 % Verein. St.-Anl. pro 1882 78. Oestr. Bankantheile 669. Oestr. Kreditaktien 166. Darmstädter Bankaktien 201 exkl. div. Meininger Kreditaktien —. Oestr.-franz. Staatsbahn-Aktien —. Oestr. Elisabethbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach —. Hessische Ludwigsbahn 133. Darmstädter Zettelbank —. Oestr. 5 % steuerfr. Anl. 47¾. 1854er Loose —. 1860er Loose 66¾. 1864er Loose 72⅞. Badische Loose 54¼. Kurhessische Loose 54¾. 5 % östr. Anleihe von 1859 61. Oestr. National-Anlehen 52⅞. 5 % Metalliques —. 4½ % Metalliques 38¾. Bayerische Prämien-Anleihe 98¼.

Hamburg, 1. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fonds sehr gedrückt, Valuten schwächer. Hamburger Staats-Prämienanleihe 90.

Schlußkurse. National-Anleihe 54. Oestreich. Kreditaktien 69⅛. Oestr. 1860er Loose 65. Mexikaner —. Vereinsbank 109¾. Nordd. Bank 118⅞. Rheinische Bahn 114½. Nordbahn 88⅝. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er russ. Prämien-Anleihe —. 1866er russ. Prämien-Anleihe —. 6 % Verein. St.-Anl. per 1882 70⅝. Diskonto 1¾ %.

Wien, 1. April. [Schlußkurse der offiziellen Börse.] Abwartende Haltung.

Neues 5 % steuerfr. Anlehen 61, 80. 5 % Metalliques 58, 70. 1854er Loose 77, 00. Bankaktien 730, 00. Nordbahn 163, 50. National-Anlehen 69, 80. Kreditaktien 183, 50. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 210, 80. Galizier 218, 50. Czernowitzer 186, 00. London 129, 00. Hamburg 95, 75. Paris 51, 20. Frankfurt 108, 10. Amsterdam 1[illegible]8, 50. Böhmische Westbahn 152, 50. Kreditloose 129, 10. 1860er Loose 86, 40. Lombard. Eisenbahn 210, 50. 1864er Loose 79, 50. Silber-Anleihe 77, 50. Anglo-Austrian B. 96, 00. Napoleonsd'or 10, 31½. Dukaten 609. Silberkupons 126, 75.

Wien, 1. April. [Abendbörse.] Auf Berliner Notirungen stark angeboten. Kreditaktien 181, 00, 1860er Loose 85, 50, 1864er Loose 78, 70, Staatsbahn 208, 70, steuerfreies Anlehen 61, 50, Napoleonsdor 10, 36.

Rotterdam, 1. April, Nachmittags 1 Uhr 30 Minuten. Matter.

Holl. wirkl. 2½ % Schuld-Obl. 54⅛. Oestr. National-Anleihe 50¾. Oestr. 5 % Metalliques 44¾. Oestr. Silberanleihe 1864 55½. Russ. 6. Stieglitz-Anleihe —. Russ. Eisenbahn 181, 00. Russ. Prämien-Anl. 172, 00. 1882er Verein. Staaten-Anl. 77½. Inländ. 3 % Spanier 31½. London 3 Monat 11, 77½. Paris 3 Monat 46, 75.